

Altersarmut – eine „tickende Bombe“

Herbsttagung des Landesseniorenbeirats in Banzkow



Diskussionsrunde bei der Herbsttagung im Trend-Hotel Banzkow

Ein Gespenst geht um, besonders in Ostdeutschland und hier in Mecklenburg-Vorpommern. Es heißt, in aktueller Abwandlung der Präambel aus dem Kommunistischen Manifest von 1848: Altersarmut. Es drückte der Herbsttagung des Landesseniorenbeirats am 16. und 17. Oktober den Stempel auf, traditionell veranstaltet im Trend-Hotel Banzkow und als gemeinsame seniorenpolitische Maßnahme mit der Abteilung Soziales des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung. Schon im Grußwort von Claus Wergin, Referats-

leiter für Sozialpolitik und Rechtsangelegenheiten im Ministerium, klang dies an, als er Erfahrungen aus einer Zeit, in der „Armutballung“ noch keine größere Rolle spielte, der heutigen Situation gegenüberstellte. Bereits dicht an der Altersarmutsgrenze liege der Landkreis Vorpommern-Rügen – Schlusslicht sei Görlitz an der Neiße. Mueßer Holz und Neu Zippendorf in Schwerin, Lichtenhagen und Toitenwinkel in Rostock seien einige weitere Brennpunkte. Der Segregation, der Entmischung von Arm und Reich

Fortsetzung auf Seite 3

*Liebe Vereinsmitglieder,
verehrte Leser
des „Seniorenkuriers“,*

im September fanden im Landkreis Vorpommern-Rügen die 4. Landesseniorentage Mecklenburg-Vorpommern statt. Mit einer Festveranstaltung in der Hansestadt Stralsund wurde das viertägige Ereignis eröffnet. Ein Höhepunkt war die Auszeichnung langjährig aktiver Mitglieder des Seniorenbeirats der Hansestadt mit dem Ehrenamtsdiplom. Herzlichen Glückwunsch! Anlass war die vor 25 Jahren in Stralsund erfolgte Gründung des ersten Seniorenbeirats des Landes. Daraus folgt, dass im nächsten Jahr im November auch der Landesseniorenbeirat sein 25-jähriges Jubiläum hat. Wie die Zeit vergeht!

Wie angekündigt, führte im Oktober der Landesseniorenbeirat seine traditionelle Herbsttagung für seine Mitglieder wieder im Trend Hotel in Banzkow durch. Am ersten Tag haben wir uns mit dem Thema Altersarmut beschäftigt. Prof. Ulf Groth, erster Sprecher der Landesarmutskonferenz MV, zeigte in seinem Vortrag auf, dass in den nächsten 30 Jahren die Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern präsent und ein ernstzunehmendes Problem sein wird. Mit Mindestlohn, Hartz IV-Aufstocker oder Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich dieses Problem nicht lösen. Hier bedarf es neuer Konzepte, wie auch das Erwerbslosenparlament in seiner diesjährigen Tagung aufzeigte. Die Vertreter der Landtagsfraktionen im Podium konnten nicht in jedem Fall einen überzeugenden Ausweg aus dieser Situation aufzeigen. Es wurde deutlich, dass eine Landesarmutskonferenz in unserem Land als Sprachrohr für die Betroffenen noch lange seine Daseinsberechtigung haben wird.

Die Qualität der Referenten und ihre Beiträge auf der Herbsttagung waren dieses Jahr sehr hoch. Nachdenklich stimmte der Vortrag zur Gerontopsychologie von Frau Johanna Myllymäki zu Suchtproblemen oder die steigende Zahl von nicht erkannten Depressionen im Alter und zur Vereinsamung. Hier erwartet uns künftig ein weiteres Aufgabengebiet.

Auf der Herbsttagung haben wir die Aufgaben für 2019 beschlossen. Gehen wir gemeinsam an deren Lösung. Zum bevorstehenden Weihnachtsfest und dem Jahreswechsel wünsche ich Ihnen einige erholsame Tage im Kreis Ihrer Familie oder Freunde. Alles Gute für das neue Jahr, bleiben Sie gesund!
Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit im Jahr 2019.

*Bernd Rosenheinrich, Vorsitzender
des Landesseniorenbeirats M-V e.V.*

Aus dem Inhalt

Seite	7	Erfolgreiche 4. Landesseniorentage in Stralsund
Seite	32	Aus Landkreisen und Städten
Seite	41	Chancen für ein gutes Älterwerden

A row of red felt gnomes with pointed hats and white scarves, arranged in a wooden tray. The background is blurred, showing more gnomes and warm lighting.

Vitanas

TRADITIONELLER WEIHNACHTSMARKT

Sonntag, 9. Dezember 2018, 14.30 Uhr

Willkommen zu unserem diesjährigen kleinen Weihnachtsmarkt! Genießen Sie die vorweihnachtliche Stimmung bei leckeren Waffeln, Punsch oder einem Glühwein. Basteln Sie mit uns Kleinigkeiten für Ihre Lieben oder stöbern Sie in unserem verlockenden Angebot von Aureliussternen, Selbstgenähtem und -gebasteltem. Als kleines Highlight werden die Kindergartenkinder dann ein kleines Programm für uns aufführen.

WIR FREUEN UNS AUF SIE!

Vitanas Senioren Centrum Im Casino

Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin

☎ (0385) 575 66 - 0 | www.vitanas.de/imcasino



Peter Lundershausen berichtete über den 12. Seniorentag in Dortmund.



Lebhaft erläuterte Prof. Ulf Groth Beispiele in seinem Vortrag.



Aus Stralsund kam die Psychogerontologin Johanna Myllymäki.

Fortsetzung von Seite 1

in Wohngebieten, zugleich aber der Konzentration sozial benachteiligter Gruppen in bestimmten Stadtteilen, müsse deshalb verstärkt Einhalt geboten werden. Widersprüchlich sei der Satz: „Senioren sind gefährlich, weil sie keine Angst vor der Zukunft haben.“

Die Landesarmutskonferenz und die Entwicklung der Altersarmut in MV war das Thema von Prof. Ulf Groth, dem Geschäftsführer des Instituts für Weiterbildung an der Hochschule Neubrandenburg. Auch er wies auf die wachsende Altersarmut hin „angesichts einer stinkreichen Nation, in der Privatvermögen so riesig ist, dass mit ihm alle Schulden der öffentlichen Hand sofort getilgt werden könnten“. Prof. Groth, der seit 1980 in der Schuldnerberatung tätig und seit diesem Frühjahr neu gewählter Sprecher der Landesarmutskonferenz (LAK) ist, kündigte an, ab nächstem Jahr die Aktionen zu verstärken. In MV sei ein Gefälle von West nach Ost festzustellen; die aktuelle Armutsgefährdungsquote habe in Westmecklenburg den Wert 16,7, in Vorpommern jedoch schon 22,4 Prozent. Die Armutsgefährdungsschwelle liege in einem Ein-Personen-Haushalt bei 879, bei zwei Personen 1319 und bei einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 1848 Euro. Beim durchschnittlichen Jahreseinkommen erreicht unser Land mit minus 3600 Euro nur 83 Prozent des Bundesdurchschnitts – mit anderen Worten: MV befindet sich deutschlandweit auf dem untersten Platz.

Was die Bezugsdauer der Renten betrifft, so umfasst sie derzeit bei Männern 17,7 und bei Frauen 21,1 Jahre. Generell sei das „Ensemble der Alterseinkünfte“ neu zu betrachten: Die gesetzliche Rente stellt in den alten Bundesländern nicht das alleinige Alterseinkommen dar, allerdings immer noch in den inzwischen gar nicht mehr so „neuen“. Eine Betriebsaltersversorgung ist in MV kaum verbreitet; weshalb dieses „Stiefkind“ unbedingt zu fördern sei, also ausgebaut

werden müsse. Seit 2008 nehme die Altersarmut zu, weil auch die Zahl der EU-Rentner (Erwerbsunfähigkeit) unter 65 Jahren steige – „Viele leiden an ‚Burn out‘, sind gesundheitlich ausgebrannt.“

Der LAK-Sprecher ging auch auf die Risikogruppen der „tickenden Bombe“ Altersarmut ein. Zu ihnen gehören Personen mit niedriger Bildung oder ohne Ausbildungsabschluss, alleinstehende Frauen (meist Mütter), Personen, die lange Zeit arbeitslos waren, und Personen mit Migrationshintergrund. Sie sollten ohne Scheu auch die Möglichkeiten der Altenhilfe nutzen: Zuschüsse für Fahrtkosten, finanzielle Hilfen beim Wohnungsumbau, Leistungen beim Besuch von Veranstaltungen oder spezielle Beratungsleistungen. Auch die Unterstützung durch Senioren-Treffs gehört dazu. In MV gab es laut Statistischem Amt 2016 nur 18 Fälle, in denen Altenhilfe beantragt wurde.

Prof. Groth zog, mit Blick auf den demografischen Wandel, einen bildhaften Vergleich: „Was früher im Schaubild eine Tanne war, ist heute eine Kiefer. Damals wurde der Baum nach oben hin spitzer, weil der Stamm, der die Anzahl der Jüngeren versinnbildlichte, die als Arbeitnehmer die Rente Anderer ermöglichten, noch sehr kräftig war. Heute hat sich statt dessen ein kräftiger Wipfel von Rentenbeziehern auf einem schmaler werdenden Stamm derjenigen ausgebildet, die die finanzielle Würde im Alter sichern möchten.“

Keine Vermischung

Die Bekämpfung von Altersarmut muss aus meiner Sicht eine hohe Priorität haben. Hier geht es besonders um die Menschen, bei denen das Risiko hoch ist, im Alter arm zu sein, wie etwa Erwerbsminderungsrentner oder Geringverdiener. Instrumente, wie die angedachte Grundrente, dürfen nicht zu einer Vermischung von Fürsorge- und Versicherungsleistungen führen und müssen aus Steuermitteln finanziert werden.

Annelie Buntenbach
Alternierende Vorsitzende des
Bundesvorstands der Deutschen
Rentenversicherung Bund,
vertritt die Gruppe der Versicherten

*

Im Koalitionsvertrag wurde die Einsetzung einer Rentenkommission vereinbart, die Vorschläge zur Weiterentwicklung der Alterssicherung erarbeiten soll. Sie nahm im Juni ihre Arbeit auf.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Gesprächsrunde mit den Fraktionen

Es schloss sich eine Gesprächsrunde mit Vertretern der Landtagsfraktionen an zur Umsetzung von Beschlüssen des Altenparlaments. Jörg Heydorn (SPD), von 2012 bis 2016 Vorsitzender der Enquete-Kommission „Älter werden in MV“ und seit 1991 in Schwerin ansässig, betonte: „Die prekäre Rentensituation besonders der in der DDR geschiedenen Frauen kann man nicht akzeptieren“; 2019 sei ein Ausgleich geplant. 640 Empfehlungen der Enquete-Kommission seien in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Die soziale Mischung sei vonnöten, gebaut werden dürften nicht nur Wohnungen für Reiche oder Eigentumswohnungen. Maika Friemann-Jennert (CDU), Sprecherin für Sozial- und Frauenpolitik sowie Integration, setzte sich dafür ein, Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. „Altersarmut muss als Herausforderung betrachtet werden“, sagte sie. Torsten Koplin (Die Linke), Vorsitzender des Sozialausschusses und Sprecher der Fraktion für Gesundheit und Soziales, fragte: „Für wen arbeitet die Politik? Wohl nicht für die Armen!“ Das Rentenniveau von 48 Prozent des Einkommens sei zu niedrig, um Altersarmut zu verhindern. Keiner müsse jedoch in Armut leben, Sicherheit gelte für jeden. Die Fraktion bereite schon jetzt den Tag der Behinderten 2020 vor. Jens-Holger Schneider (AfD), Sprecher für Schul-, Kommunal- und Religionspolitik, sah die Pension für Beamte kritisch und verwarfte sich dagegen, dass Bezieher von Grundsicherung Bittsteller seien. Auch die ehrenamtliche Tätigkeit sollte bei der Rente berücksichtigt werden. „Als Partei befinden wir uns noch im Findungsprozess“, sagte er. In diesem Zusammenhang sei auf einen Kommentar von Ulrich Schneider, dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, aufmerksam gemacht. In ihm äußerte er sich



Blick in den Tagungsraum

einige Tage nach der Herbsttagung zu den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur Armutsentwicklung sowie der vom Bundeskabinett beschlossenen Anhebung des Mindestlohns: „Wenn trotz boomernder Wirtschaft die Armut auf außerordentlich hohem Niveau verharrt, ist das mehr als bedenklich. Der stark wachsende Wohlstand kommt offensichtlich nicht bei allen an. Selbst unter den Erwerbstätigen haben wir ein beträchtliches Maß an Armut trotz Arbeit. Statt der armutspolitisch weitestgehend irrelevanten Erhöhung des Mindestlohns auf gerade einmal 9,19 Euro wäre eine Anhebung auf 12,63 Euro erforderlich. Auch die Rahmenbedingungen müssen sich ändern. Wir brauchen eine Eindämmung der Leiharbeit und eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Sie sind neben dem Niedriglohnsektor die Hauptarmutstreiber auf dem Arbeitsmarkt.“

ric

Seniorentag und Altenparlament

Innerhalb der Informationen des Landesseniorenbeirats, die den ersten Tag der Zusammenkunft beschloss, gab Peter Lundershausen, Vorsitzender des Seniorenbeirats der Stadt Neubrandenburg, einen interessanten Rückblick auf den 12. Deutschen Seniorentag der BAGSO im Mai in Dortmund. Dieser stand unter dem Motto:

„Brücken bauen“, die Schirmherrschaft hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übernommen. Lundershausen untermauerte seinen Bericht durch eine Präsentation mit eindrucksvollem Foto- und Videomaterial. So konnten auch alle, die nicht in Dortmund waren, einen Einblick in die dort gebotenen Aktivitäten erhalten.

Außerdem ging er auf die dort verabschiedete „Dortmunder Erklärung“ ein. Diese widmet sich, getreu dem Motto des Seniorentages, dem Thema mit mehreren Schwerpunkten:

- Brücken bauen für mehr Teilhabe und Teilnahme
- Brücken bauen für soziale Sicherheit
- Brücken bauen für ein gesundes Älterwerden in einem altersgerechten Lebensumfeld
- Brücken bauen durch Bildung und Digitalisierung
- Brücken bauen für eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung
- Brücken bauen für ein gutes Miteinander der Generationen in einer lebendigen Demokratie

Weiterhin wurde ein Resümee des 10. Altenparlaments gezogen, wobei bestätigt wurde, dass es sich als eine erfolgreiche und gut organisierte Veranstaltung gestaltete. Die Arbeit der einzelnen Arbeitskreise wurde als zielführend eingeschätzt. Bemängelt wurde, dass trotz erfolgter Einladung die Vertreter der Ministerien fehlten.

Außerdem wurde bemerkt, dass die Diskussion mit den anwesenden Politikern der Fraktionen hätte aktiver sein können. Der Wille zum Disput wäre, nach Auffassung von Teilnehmern, durch sehr allgemein gehaltene Einführungsworte und durch oft wenig konkrete Antworten der Landtagsabgeordneten ausgebremst worden.

2. Tag: Pflegestärkungsgesetze

Der zweite Tag der Herbsttagung begann mit Vorträgen zum Thema „Pflegestärkungsgesetze – Erfahrungen aus verschiedenen Perspektiven“. Dazu referierte zunächst Kerstin Ehlert. Sie ist Pflegeberaterin im Pflegestützpunkt Ludwigslust und hat in erster Linie mit der Hilfeberatung von Pflegebedürftigen und Angehörigen zur häuslichen Pflege zu tun. Anhand eines Fallbeispiels erläuterte sie das Vorgehen und die Arbeitsweise der Pflegeberater. Dabei zeigte sie auf, welche Möglichkeiten die ambulante Versorgung für Pflegebedürftige bietet. Sie ging auch auf die Unterstützung bei der Beschaffung von Hilfsmitteln und beim Umbau und der Ausstattung des häuslichen Umfelds ein. Anschließend beantwortete sie Fragen, wobei es auch um die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Beratung ging.

Im Anschluss sprach Ulrike Haak mit Blick auf die vollstationäre Pflege über die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes. Als langjährige Leiterin des Altenpflegeheims „Alexandrinresidenz“ in Ludwigslust konnte sie praxisnah berichten. Dabei ging sie auf das verbesserte Angebot zur Betreuung und Aktivierung der Heimbewohner ein. Aber auch die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und damit die Einführung der Pflegegrade hätten zu mehr Transparenz und sachgerechterer Abbildung des tatsächlichen Pflegebedarfs geführt. Der Eigenanteil der Bewohner einer Pflegeeinrichtung ist jetzt bei den Pflegegraden 2 bis 5 einheitlich. Mit dem Pflegestärkungsgesetz II habe sich auch der Personalschlüssel erhöht. Die Tendenz, dass die



Präsidium der Mitgliederversammlung in Banzkow

Bewohner erst mit höheren Pflegegraden in die vollstationäre Pflege kommen, vergrößere jedoch den Pflegeaufwand und die Belastung der Mitarbeiter – gerade unter dem Gesichtspunkt des Mangels an Pflegekräften.

Johanna Myllymäki, Psychogerontologin in der Helios Klinik Stralsund, informierte zum Thema: „Psychiatrischer Blick auf das Altern“. Sie ging auf die Aufgaben des Landesverbands Sozialpsychiatrie ein, dessen Hauptziel die Entwicklung eines umfassenden und koordinierten Leistungsangebots für psychisch Erkrankte ist. Ein weiterer Schwerpunkt der Ausführungen war die Psychologie des Alterns. Dabei ging es um die gerontopsychiatrischen Versorgungsstrukturen in unserem Bundesland, die Versorgungsqualität und die häufigsten psychischen Erkrankungen im Alter. Es gab Informationen über die Versorgungsqualität, Behandlungskonzepte und Versorgungsprobleme, aber auch zu Rahmenbedingungen, die das Erkrankungsrisiko senken.

Der Mittagspause folgte die Mitgliederversammlung. Karin Lechner, Vorsitzende des Kreissenorenbeirats Nordwestmecklenburg, resümierte: „Hier waren alle angesprochen, nicht nur zuzuhören, sondern selbst mitzuarbeiten. Wollen wir etwas verändern, dann müssen wir es auch selbst tun.“

Hier einige Schwerpunkte: Mitarbeit bei der Erarbeitung eines „seniorenfreundlichen Gesamtkonzepts“. Damit viele Seniorinnen und Senioren

sich einbringen können, ist es wichtig, gerade mit dem Blick auf den Tag der älteren Menschen dies vor Ort oder auf Landesebene zu tun.

Die vierteljährliche Herausgabe des *Seniorenkuriers* wird weitergeführt. Dabei sollten auch die Leser mithelfen, indem sie selbst Gedanken und Berichte über ihre Arbeit zu Papier bringen oder dies per e-mail dem Vorstand zur Veröffentlichung mitteilen.

Einen hohen Stellenplatz nimmt die Bildung ein. So werden die thematischen Regionalkonferenzen und zweitägigen Weiterbildungsveranstaltungen weitergeführt. Gerade die Bildung sowie die Neuausrichtung und Aktivierung solcher Arbeitsgruppen im Landeseniorenbeirat, wie Gesundheit und Pflege, Sport und Prävention, Bildung und Förderung der Medienkompetenz Älterer sowie die Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen ist für die Arbeit wichtig. In den Landesgremien sind die Vorstandsmitglieder gut vertreten und berichten dort von den erarbeiteten Ergebnissen. Die gute Zusammenarbeit mit den Gremien zur Verbesserung der Sicherheit der Senioren wird beibehalten. Wichtig ist ebenfalls die Zusammenarbeit mit Jugendlichen. Ein Generationendialog besteht mit dem Landesjugendring MV. Dem Arbeitsplan für 2019, dessen Wortlaut wir umseitig dokumentieren, gaben die stimmberechtigten Mitglieder ihr Votum.

Den Abschluss der Herbsttagung bildete die Auswertung der zweitägigen Veranstaltung, in der dem LSB-Vorstand für seine Arbeit Anerkennung gezollt und den Organisatoren des 10. Altenparlaments und der 4. Landeseniorentage in Stralsund gedankt wurde. Die Qualität der Vorträge auf der Herbsttagung wurde überwiegend als sehr gut und die Auswahl der Themen als sehr interessant eingeschätzt. Anett Müller, der Leiterin der LSB-Geschäftsstelle, wurde ein Dankeschön für die tolle Organisation ausgesprochen.

Kirsten Kühn

Arbeitsplan für 2019 des Landessenorenbeirats M-V e. V.

Grundlage des Arbeitsplans des Landessenorenbeirats M-V ist das Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (Seniorenmitwirkungsgesetz M-V – SenMitwG M-V) vom 26.07.2010

Für das Jahr 2019 stellen wir uns folgende Aufgaben:

1. Konsultationen mit den Fraktionen der demokratischen Parteien des Landtags zu gesellschaftlichen Themen, wie z. B. die Umsetzung der Beschlüsse des 10. Altenparlaments, die Vorbereitung und Durchführung des 11. Altenparlaments, die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission und die Teilnahme an Anhörungen der Landtagsausschüsse zu Gesetzentwürfen und Sachthemen.

2. Leitung des Organisationskomitees zur Vorbereitung und Durchführung des 11. Altenparlaments M-V 2020 durch Mitwirkung in den Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Leittrträge und maßgeblicher Mitarbeit des LSB M-V e.V. bei organisatorischen Aufgaben in Abstimmung mit der Landtagsverwaltung.

3. Regelmäßige Konsultationen mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei M-V und den Ministerien in M-V, insbesondere dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V, Erarbeiten von Stellungnahmen und Empfehlungen zu Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, Programmen und Plänen zur Gestaltung der Seniorenpolitik sowie der Wirksamkeit des SenMitwG.

4. Mitarbeit bei der Erarbeitung eines „seniorenpolitischen Gesamtkonzepts“ auf der Grundlage der Beschlüsse des 10. Altenparlaments durch die Landesregierung bis 2019.

5. Organisation und Durchführung einer zentralen Festveranstaltung zum „Internationalen Tag der älteren Menschen“ auf Landesebene.

6. Vorbereitung und Durchführung einer Festveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des Landessenorenbeirats M-V am 4. November 2019. Auszeichnung verdienstvoller Senioren.

7. Unterstützung der Seniorenbeiräte bei der Organisation der Arbeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten und Kommunen sowie bei der Bildung weiterer Seniorenbeiräte in den Kommunen und die Erfassung vorhandener Beiräte. Durchführung von gemeinsamen Arbeitsberatungen und Erfahrungsaustauschen mit kommunalen Seniorenbeiräten.

8. Durchführung von thematischen Regionalkonferenzen und zweitägigen Weiterbildungsveranstaltungen zu seniorenpolitischen Themen und Beförderung des Generationendialogs auf Landesebene und Förderung des Erfahrungsaustausches der Mitglieder untereinander.

9. Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des Landessenorenbeirats M-V auf Landesebene auf der Grundlage des gemeinsamen Positionspapiers vom März 2004 und Gewinnung neuer Partner

10. Fortführung des Generationendialogs gemeinsam mit dem Landesjugendring M-V in den Landkreisen und Kommunen.

11. Mitarbeit bei der Erarbeitung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten durch die kommunalen Beiräte zur Berücksichtigung seniorenpolitischer Forderungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeit der Enquetekommission „Älter werden in M-V“ in den Kommunen.

12. Bildung, Neuausrichtung und Aktivierung von Arbeitsgruppen im Landessenorenbeirat zu

- Gesundheit/Pflege/Wohnen im Alter
- Sport und Prävention
- Bildung und Förderung der Medienkompetenz Älterer
- Recht/Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen

durch die Erarbeitung von Konzepten über Themenschwerpunkte und die Gewinnung weiterer Arbeitsgruppenleiter. IV. Quartal 2018 Gesprächsrunde Vorstand und Arbeitsgruppenleiter zur Ausrichtung der Arbeitsgruppen und Schwerpunktthemen.

1. Halbjahr 2019 Gesprächsrunden mit den Mitgliedern jeder AG und dem Vorstand zur Arbeitsweise der AG und zu Schwerpunktthemen

13. Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit von Senioren durch:

- Mitarbeit in und Leitung der AG „Senioren-sicherheit“ des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und Verkehrssicherheit und im Vorstand des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung.

- halbjährlichen Gedankenaustausch der Mitglieder der AG „Wohnen und Seniorensicherheit“ des LSB und Aufbau eines Netzwerks unter Einbeziehung weiterer regionaler Partner.

- Fortführung des erfolgreichen Projekts „Senioren-sicherheitsberater“ mit pensionierten Polizeibeamten gemeinsam mit dem Landeskriminalamt, den Polizeipräsidien und Kreispräventionsräten.

14. Mitarbeit in folgenden Landesgremien:

- Landespflegeausschuss
- Geriatrie-beirat (Geriatrie: Altersheilkunde)
- Verbraucherschutz im Justiz- und Landwirtschaftsministerium
- Strategiegruppe III Gesundes Alter(n) des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft des Landes M-V
- Verkehrssicherheitskommission
- Konferenzen der Verkehrsgesellschaft M-V
- Projekt: Kontrolle Verbraucherfreundlichkeit von Pflegeheimen durch Heimaufsicht e.V.
- Landeskoordinierungsgruppe „bürger-schaftliches Engagement“

- Medienkompetenz-Netzwerk Medienaktiv M-V
- Aktionsbündnis für Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
- Forum Ländliche Entwicklung und Demografie“
- Kuratorium der Ehrenamtsstiftung M-V
- Projekte der Initiative A2030
- AnStiftung

15. Unsere Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landes seniorenvertretungen nutzen wir, um seniorenpolitische Themen gemeinsam auf die Tagesordnung der Politik auf Bundesebene zu setzen und uns für deren Durchsetzung um Mehrheiten zu bemühen. Weiterführung von Erfahrungsaustauschen mit Landes seniorenvertretungen und Schaffung

von Netzwerken mit gemeinsamen Interessen.

16. Aktive Mitarbeit in der Regional konferenz der Landesseniorenvertretungen der ostdeutschen Länder, um spezifisch ostdeutsche Themen zu artikulieren.

17. Unterstützung der Projektarbeit von Senior-Trainern durch die Seniorenbeiräte der Kommunen, der Landkreise und der kreisfreien Städte

18. Ausbau der Beziehungen zu weiteren Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen in M-V (Europäisches Integrationszentrum, Landesarmutskonferenz, Behindertenverband) und bundesweiten Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen (BAGSO, Nationale Armutskonferenz usw.)

19. Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft Vorbereitung und Durchführung von Ehrenamtsmessen in M-V beim Deutschen Roten Kreuz Landesverband bzw. in den Landkreisen.

20. Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit für Seniorenpolitik durch

- Kontakt zu den Medien
- Herausgabe eines Newsletters zu aktuellen Themen der Seniorenpolitik aus Europa, Bund und Ländern
- Vierteljährliche Herausgabe des „Seniorenkuriers“, Einordnung ständiger Themen, wie Seniorensicherheit, Ernährung, Pflegestützpunkte, Verbraucherschutz und AAL-Systeme
- Pflege der Homepage

Banzkow, den 17.10.2018

Langjähriges Engagement fand seine Ehrung

Die 4. Landesseniorentage in der Hansestadt Stralsund gestalteten sich erfolgreich

„Unser Landkreis tut den Seniorinnen und Senioren gut“ – unter diesem Motto fanden vom 26. bis 29. September die 4. Landesseniorentage Mecklenburg-Vorpommern im Landkreis Vorpommern-Rügen statt. Von Rügen über Stralsund, Grimmen, Barth bis Ribnitz-Damgarten wurden zahlreiche sportliche und kulturelle Veranstaltungen, Führungen in Senioreneinrichtungen, Vorträge, Ausstellungen und Seniorensicherheitstage angeboten.

Zur Festveranstaltung war im Beisein der Sozialministerin in den Löwenscher Saal des Stralsunder Rathauses geladen. In den Festreden des Stellvertreters des Oberbürgermeisters, Holger Albrecht, der stellvertretenden Landrätin Carmen Schröter, der stellvertretenden Bürgerschaftspräsidentin Maria Quintana-Schmidt und des LSB-Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich wurde das Ehrenamt der Seniorinnen und Senioren gewürdigt. Vereine, Verbände, Organisationen und die Seniorenbeiräte in den Städten und Gemeinden haben erheblichen Anteil am Gemeinwohl der Menschen.



V.l.n.r.: Maria Quintana Schmidt (2. Stellvertreterin des Bürgerschaftspräsidenten), Peter Mühle, Peter Sobottka, Jürgen Kaiser, Giesela Müller, Ursula Umnick, Dr. Georg Weckbach, Hildegard Koepe und Sozialministerin Stefanie Drese Foto: Rico Busch

Der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund besteht seit 25 Jahren. Aus diesem Anlass zeichnete Ministerin Drese Mitglieder des Beirats für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement mit dem „Ehrenamts-Diplom des Landes aus. Die Musikschule Stralsund hatte die musikalische Umrahmung übernommen, und die Schülerinnen und Lehrer wurden für die Darbietungen mit viel Beifall belohnt. Interessant waren auch die Vorträge von Dr. Wolf-

gang Weiß zur „Demografischen Entwicklung in M-V“ und von Dr. Franziska Polanski über die Ausstellung „Das Alter in der Karikatur“. Diese sehenswerte Bilderausstellung war bis Ende Oktober in der Kulturkirche Sankt Jakob zu sehen. Ein Konzert des Landespolizeiorchesters im Theater der Hansestadt bildete den Abschluss der erlebnisreichen Seniorentage.

Giesela Müller

Drese: „Wir brauchen die Erfahrung und das Wissen“

Senioren bringen sich bis ins hohe Alter in die Gesellschaft ein

Sozialministerin Stefanie Drese betonte zur Eröffnung der Seniorentage: „Jeder vierte Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns ist älter als 60 Jahre. Gleichzeitig gab es nie zuvor so viele bis ins hohe Alter gesunde Menschen, die noch etwas bewegen und sich einbringen möchten. Diese Potenziale sollten wir in unserer Gesellschaft unbedingt nutzen und fördern.“ Weiterhin hob sie hervor: „Wir brauchen die Erfahrung und das Wissen der Generation 60+, sei es in der Gemeinde-

vertretung, in Bürgerstiftungen, in der Kinder-, Jugend- und Altenarbeit oder in den zahlreichen Vereinen, Verbänden und Initiativen, die unser Gemeinwesen lebenswert machen.“

In den zurückliegenden Jahren sei auf Landesebene einiges erreicht worden. Dazu gehören das Seniorenmitwirkungsgesetz, das Altenparlament und die Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als SeniorTrainerinnen oder -trainer. Ein weiterer wichtiger Schritt sei nun

die Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte. „Wir wollen als Land die Landkreise und kreisfreien Städte dabei unterstützen, entsprechende Planungen und Netzwerke voranzutreiben. Dazu gehören z. B. eine integrierte Orts- und Entwicklungsplanung, barrierefreie Wohnbedingungen, eine gute Infrastruktur, Kultur und Sport, Mobilität (ÖPNV, Fahrdienste) und ausreichende Beratungs- und Informationsangebote.“



Seniorenbeiräte waren vielfach beteiligt

Jürgen Csallner, Vorsitzender des Kreissenorenbeirats, zieht ein Resümee

Als es hieß, wir, der Landkreis gemeinsam mit der Stadt Stralsund, sollen die 4. Landesseniorentage durchführen, haben wir wie üblich, erst einmal einen Arbeitskreis gebildet. Unter der Leitung unseres Fachdienstleiters Soziales, Stefan Brunke, wurden Mitglieder der Landkreisverwaltung und der Stadtverwaltung Stralsund sowie zwei Mitglieder des Seniorenbeirats beauftragt, sich über die Vorbereitung, den Inhalt und die Durchführung Gedanken zu machen. Nach insgesamt sechs vorbereitenden Zusammentreffen, in denen Jeder sein Bestes gab, konnte die Veranstaltung starten. Auf der feierlichen, von der Musikschule begleiteten Eröffnungsveranstaltung führte der Moderator Karl-Heinz Eckelt durch die einzelnen Programmpunkte. Am Beginn standen, wie üblich, die Reden des stellvertretenden Bürgermeisters Holger Albrecht, der Stellvertreterin des Landrats, Carmen Schröter, des LSB-Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich und der Sozialministerin Stefanie Drese.

Da 2018 der Seniorenbeirat Stralsund, als erster in MV gegründeter kommunaler Seniorenbeirat, sein 25-jähriges Be-

stehen feiert, zeichnete die Stellvertreterin des Stadtpräsidenten, gemeinsam mit der Sozialministerin, acht Seniorenbeiratsmitglieder mit dem Ehrenamtsdiplom aus. Anschließend informierte Dr. Wolfgang Weiß, Mitglied des Landtags, in einem kurzweiligen Vortrag über die demografische Entwicklung in unserem Land und Landkreis.

Danach sollte die Initiatorin und Kuratorin Dr. Franziska Polanski über die in der Kulturkirche Stralsund stattfindende Ausstellung „Das Alter in der Karikatur“ sprechen. Doch aus der geplanten kurzen Einführung wurde eine zu lange wissenschaftliche Abhandlung, die leider ihren Sinn für die meisten Anwesenden verfehlte.

Um alle in den Seniorentagen stattfindenden Veranstaltung zu beschreiben, reicht der Platz nicht aus. Deshalb gehe ich mehr auf die Veranstaltungen ein, an denen die Seniorenbeiräte besonders beteiligt waren. Mehrere Pflegeeinrichtungen öffneten ihre Einrichtungen, um sie interessierten Bürgern vorzustellen. In Ribnitz-Damgarten und Bergen gab es Sicherheitstage, auf dem Alten Markt in Stralsund wurden an mehreren Tagen Assistenz-

systeme vorgestellt. Bereits am ersten Tag fand im Sporthotel Samtens ein vom Seniorenbeirat Rügen e.V. organisierter Sporttag mit über 30 Teilnehmern statt. Am Tag darauf gab es sogar zwei von Seniorenbeiräten organisierte Veranstaltungen: in Barth, im Bibelzentrum, eine wissenschaftliche Führung mit über 20 Teilnehmern durch den Bibelgarten mit anschließendem gemeinsamem Kaffeetrinken – und im Grundtvighaus Sassnitz ein Forum mit dem Titel „Wo uns der Schuh drückt“. Bürgermeister Frank Kracht und weitere Mitarbeiter der Stadtverwaltung standen Rede und Antwort. Auf dem Sicherheitstag in Bergen fand unter dem Motto „Senioren als Opfer“ eine Veranstaltung des Kreissenorenbeirats statt.

Sicherheitsberater machten Senioren auf die Praktiken der Trickbetrüger aufmerksam. An den beiden folgenden Tagen luden in Stralsund, organisiert und begleitet vom Seniorenbeirat Stralsund, unterschiedliche Sportveranstaltungen für ältere Bürger ein. Einen krönenden Abschluss der 4. Seniorentage bot das Konzert des Landespolizeiorchesters im Theater Stral-

sund. Es war ebenfalls vom Seniorenbeirat der Hansestadt organisiert und in eigener Verantwortung durchgeführt worden. Das Theater war schon nach kurzer Zeit ausverkauft.

Die Seniorentage haben gezeigt: Durch die gute Zusammenarbeit aller beteiligten Mitstreiter, sowohl in der Vorbereitung als auch in der Durch-

führung, können gelungene Veranstaltungen für unsere älteren Mitbürger entstehen. Außerdem konnten viele Seniorinnen und Senioren den jüngeren Besuchern unserer Veranstaltungen zeigen, was sie noch draufhaben. Eine Bitte allerdings an die zuständigen Regierungsstellen: Derartige Veranstaltungen wie die Seniorentage las-

sen sich nicht gerade einfach und gut nach den herkömmlichen Förderungsbestimmungen durchführen. Unabhängig von der sorgfältigen Kontrolle der Geldausgaben sollte man die gesetzten Maßstäbe überdenken und als Vergleich die Projektförderung heranziehen. ■

Stralsund: 25 Jahre Seniorenbeirat

Seit 1993 gibt es den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund. Die Europäische Gemeinschaft hatte 1993 als „Europäisches Jahr der älteren Menschen und der Solidargemeinschaft der Generationen“ benannt. Davon ausgehend, trafen sich auf Einladung des Sozialamts am 19. August Vertreter von Vereinen, Verbänden und Organisationen zur Bildung eines kommunalen Seniorenbeirats. Nachfolgende Beratungen befassten sich mit der Satzung, die am 7. April 1994 von der Bürgerschaft bestätigt wurde. Seit 1995 ist der Beirat im Paragraph 18 der Hauptsatzung der Hansestadt enthalten. Diese Festlegung ist die kommunalrechtliche Grundlage für die langjährige erfolgreiche ehrenamtliche Arbeit. Die 30 Mitglieder werden jeweils nach den Kommunalwahlen für fünf Jahre von der Bürgerschaft berufen.

Lernen zu ermöglichen, sportliche Aktivitäten zu fördern, Lebensfreude im Alter zu bieten sowie durch Prävention vor kriminellen Handlungen zu schützen. Das generationsübergreifende Miteinander – Füreinander, der Dialog zwischen Alt und Jung sind seit Jahren Schwerpunkt.

Seit 1994 veranstaltet der Beirat die Seniorenkulturtag mit dem „Fest der Generationen“ im Zoo. Das 13. Fest dieser Art fand in diesem Jahr am 8. Juli statt. Kombiniert mit dem 49. Zoo-fest, zeigte es sich als eine Veranstaltung für die ganze Familie. Der Seniorenbeirat und das Team des Zoo organisierten ein unterhaltsames

Bühnenprogramm sowie Präsentationen und Angebote für Jung und Alt. Das Fest ist immer ein Höhepunkt im gesellschaftlichen Leben in Stralsund, das bestätigen die steigenden Besucherzahlen.

Seit 2000 besteht die Zusammenarbeit zwischen der Integrierten Gesamtschule Grünthal und dem Seniorenbeirat. Erste Computerlehrgänge, in denen Schüler die Senioren unterrichten, wurden durchgeführt. In 23 Fußballturnieren traten Schüler, Lehrer, und Senioren im fairen Wettkampf gegeneinander an. Fünf Fotoausstellungen von Schülern und Senioren über die Geschichte Stralsunds, über Baumeister der Stadt, Gärten und Höfe wurden erarbeitet und in der Öffentlichkeit gezeigt. In Zusammenarbeit mit Bildhauern entstanden Skulpturen. Gemeinsame Veranstaltungen fördern das Verständnis füreinander – genannt seien etwa Besuche in Pflegeeinrichtungen.

Seit 2001 besteht die Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat und dem Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention Stralsund zum Thema „Mehr Sicherheit für Senioren“. Seit dieser Zeit findet jährlich das allseits beliebte „Konzert des Landespolizeiorchesters“ im Theater statt.

Der Vorstand wird gewählt, und fünf Arbeitsgruppen werden gebildet. Aufgaben und Vorhaben sind in Jahresplänen festgeschrieben. Ziel aller Aktivitäten seit 25 Jahren war und ist, Einfluss zu nehmen, Stimme der Se-

nioren zu sein in der Bürgerschaft, in Altenparlamenten, im Landes- und im Kreissenorenbeirat; außerdem älteren Menschen ein soziales Umfeld zu schaffen, lebenslanges Lernen zu ermöglichen, sportliche Aktivitäten zu fördern, Lebensfreude im Alter zu bieten sowie durch Prävention vor kriminellen Handlungen zu schützen. Das generationsübergreifende Miteinander – Füreinander, der Dialog zwischen Alt und Jung sind seit Jahren Schwerpunkt.

Seit 2002 erscheint jährlich der „Seniorenratgeber“ mit Informationen und Angeboten für ältere Bürger in Stralsund und Umgebung. Er entsteht in Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat, dem Sozialdienst der Kreisverwaltung Vorpommern-Rügen und der Verlagsgesellschaft „Zeitung am Strelasund“. Seit 2002 gibt es in diesem Sonntagsblatt eine ständige Seniorenseite. Zahlreiche öffentliche Foren und Informationsveranstaltungen werden angeboten zu Themen wie: Kriminalitätsprävention, Verkehrssicherheit, Wohnen im Alten, Pflege und Gesundheitsvorsorge.

Mitglieder nehmen an Ausschusssitzungen der Bürgerschaft teil und äußern sich zu seniorenrelevanten Themen. Mit dem Präsidenten der Bürgerschaft finden regelmäßig Zusammenkünfte statt. Der Seniorenbeirat beteiligt sich an der Prüfung für ein „barrierefreies Stralsund“ und der Ver-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

leihung der Plakette „Barrierefrei“ an Einrichtungen und Unternehmen und befasst sich mit dem örtlichen Personennahverkehr.

Vor acht Jahren wurde das Projekt „Senioren ans Netz – Mach mit“ gestartet. Seither werden jährlich 20 Veranstaltungen zum Umgang mit dem Computer, dem Internet und dem Smartphone durchgeführt. Insgesamt nutzten rund 2400 Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, sich mit den neuen Medien vertraut zu machen. Die Nachfrage ist bisher ungebrochen, die Weiterführung geplant. „Generati-on Beatles – Auf zur Party“: Unter diesem Motto finden jährlich Tanzveranstaltungen mit Kultureinlagen statt. Das Projekt „Seniorinnen ans Lenkrad“ hat zahlreiche Seniorinnen nach Fahrpausen wieder fit für das Autofahren gemacht. Diese Aktion startet noch in diesem Jahr erneut mit der Erweiterung, ein E-Bike zu testen als Alternative zum Auto.

Das Projekt „Gartenglück – Gemeinsam gärtnern macht stark“ begann im Herbst 2017. Auf dem Gelände des Zoos entsteht in ehrenamtlicher Arbeit mit Unterstützung des Zoos und mit Hilfe von Sponsoren „Ein Garten für alle“. Mitmachen kann jeder. Wer Lust an Gartenarbeit und Geselligkeit hat, ist herzlich willkommen und meldet sich bitte an unter Telefon 03831-302018 oder kommt einfach zum Bauerngarten im Stralsunder Zoo. Vom Montessori-Kinderhaus in Grünhufe ist eine Gruppe „KinderGärtner“ bereits aktiv dabei.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist seit Gründung des Seniorenbeirats ein Schwerpunkt. Neben den Veröffentlichungen in der lokalen Presse, durch Flyer und durch Präsentationen auf Veranstaltungen, wie die Ehrenamtsmesse, steht die Web-Seite www.seniorenbeirat-stralsund.de mit aktuellen Informationen zur Verfügung. Seit 2017 gibt es den „Förderverein Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund e. V.“ zur Unterstützung der Finanzierung von Projekten.

Für einen starken Förderverein und zur Realisierung von Projekten und Aktivitäten sind neue Mitglieder gern gesehen. Ansprechpartner sind in der Geschäftsstelle des Seniorenbeirats, Knieperdamm 28, oder unter Telefon 30 20 18 und über die Web-Seite www.seniorenbeirat-stralsund.de zu erreichen.

Stralsund wurde 2017 im Landeswettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“ mit dem 1. Platz geehrt. Bereits 2007 belegte Stralsund einen 2. Platz. Der Seniorenbeirat hat durch seine Aktivitäten und Projekte großen Anteil daran. Der Dank geht an alle derzeitigen und ausgeschiedenen Mitglieder des Seniorenbeirats, an Vereine, Verbände und Organisationen, an die Bürgerschaft der Hansestadt, an die Stadtverwaltung, an Sponsoren und an viele Bürgerinnen und Bürger, die die ehrenamtliche Arbeit des Seniorenbeirats 25 Jahre lang unterstützten und dies auch weiterhin tun.

Giesela Müller

Entscheidung noch in diesem Jahr

Der Staat darf einem Schwerst- und unheilbar Kranken nicht den Zugang zu einem todbringenden Medikament verwehren, urteilte das Bundesverwaltungsgericht im März 2017 und entfachte damit die Diskussion um Selbstbestimmung am Lebensende neu. Denn das Urteil steht nicht nur im Widerspruch zum Bundestagsbeschluss von 2015, der geschäftsmäßige Sterbehilfe untersagt. Es verpflichtet letztlich eine Behörde, über Suizidanträge zu entscheiden.

104 Anträge auf Erlaubnis zum Erwerb von Natrium-Pentobarbital sind beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte seit März 2017 eingegangen, aber aus dem Gesundheitsministerium kommt kein grünes Licht. 20 Antragsteller sind in der Zwischenzeit verstorben. Auch die Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf, das Gesetz zur Sterbehilfe zu überarbeiten. Jetzt muss offenbar Karlsruhe das Patt beenden. Das Bundesverfassungsgericht hat gleich elf Beschwerden gegen das neue Sterbehilfegesetz zugelassen. Noch in diesem Jahr wollen die Richter entscheiden. *dlf*

Wenn man die Jahre zählt...

Keine Frage: Wir werden alle älter. Aber wer spricht tatsächlich darüber? Und mit wem? Gerade dort, wo wir ganz direkt mit dem Thema konfrontiert sind, fallen die Gespräche über das Älterwerden am schwersten. Wie spricht man es an, wenn die eigenen Eltern gebrechlich werden und sich die Rollen umkehren? Was, wenn man plötzlich an sich selbst merkt, dass man anfängt, die Jahre zu zählen? Verändert einen das Älterwerden tatsächlich, oder sind das nur die Erwartungen von außen? Und kann das vielleicht sogar entlastend sein?

Der *Deutschlandfunk Kultur* beschäftigte sich damit unlängst innerhalb seiner Reihe „Zeitfragen. Feature“ unter dem Titel „Wenn man plötzlich die Jahre zählt – Ein Familiengespräch übers Älterwerden“. Autorin Stefanie Müller-Frank hatte eine Familie gefunden, die bereit war, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und gegenseitig zuzuhören. Alle vier sind in einer Lebensphase, die einen Umbruch in ihrem Leben bedeutet: die Eltern Mitte 60, kurz vor oder kurz nach dem Renteneintritt, die beiden Töchter Anfang 30, die jüngere von beiden selbst bald Mutter. *dlf*

Orientierung am Bedarf des Pflegebedürftigen

Stellungnahme und Anhörung des LSB zur Änderung des Landespflegegesetzes

Im November wurde der Landesseniorenbeirat zur schriftlichen Stellungnahme zum „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes (Drucksache 7/2681)“ aufgefordert und zur öffentlichen Anhörung durch den Sozialausschuss des Landtages eingeladen. Diese Aufgabe übernahm Vorstandsmitglied Monika Schmidt. In der Stellungnahme wurden Schwerpunkte gemäß einem Fragekatalog des Sozialausschusses abgehandelt.

Die Art der Pflege sollte sich am Bedarf des zu Pflegenden orientieren. Deshalb sei die einseitige Orientierung „ambulant vor stationär“ falsch. Notwendig ist es, zu prüfen, ob der Angehörige mit Inanspruchnahme eines ambulanten Pflegedienstes überhaupt in der Lage ist, eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten. Liegen bei dem Pflegenden die Voraussetzungen (Beruf, Alter, Gesundheit, eigene Kinder usw.) vor, die zusätzlichen physischen und psychischen Belastungen zu tragen?

Weiterhin müssen die Angehörigen auf die Belastungen in der Pflege des Angehörigen vorbereitet werden und sowohl eine praktische und theoretische Schulung erhalten. Wofür in der stationären Pflege ausgebildete Fachkräfte vorhanden sind, muss der Angehörige zu Hause allein bewältigen. Für übliche Betriebsgrößen in MV haben Angehörige keinen Rechtsanspruch auf Pflegezeit oder Familienpflegezeit. Der Arbeitgeber kann den Antrag auf Pflegezeit ablehnen, wenn das Unternehmen 15 oder weniger Beschäftigte und für Familienpflegezeit das Unternehmen weniger als 25 Beschäftigte hat. Diese Benachteiligung ist un gerechtfertigt. Alle berufstätigen Angehörigen müssen den gleichen Rechtsanspruch zur Inanspruchnahme von Pflegezeit oder Familienpflegezeit unabhängig von der Unternehmensgröße haben.

Außerdem ist die Schaffung altersgerechter und bezahlbarer Quartiere zur Entwicklung neuer Wohn- und Pflegeformen erforderlich. Bei der Betreuung von Demenz Betroffenen sind sinnvolle Lösungen umzusetzen, die sich bereits in anderen Ländern bewährt haben, beispielsweise Demenzdörfer.

Die Mindestanforderungen an die Leistungen des betreuten Wohnens müssen endlich formuliert werden. Die vorhandenen oder neu errichteten Einrichtungen müssen auch für Menschen aus MV bezahlbar sein. Über eine Notrufzentrale oder ähnliche Einrichtung sollten Angehörige die Möglichkeit erhalten, schnell und unkompliziert Hilfe zu allen Fragen der Pflege vermittelt zu bekommen.

In einem weiteren Punkt wurde die Bildung von regionalen Pflegeausschüssen vorgesehen. Dazu unser Standpunkt: Regionale Pflegeausschüsse sind zu begrüßen. Entsprechend den Möglichkeiten des Seniorenmitwirkungsgesetzes auf Landesebene würden wir begrüßen, wenn in diesen die Mitwirkung der Seniorenbeiräte als Vertreter der Betroffenen zwingend vorgeschrieben würde.

Zur Überwindung des Fachkräftemangels und zur Erhöhung der Attraktivität des Berufs gibt es verschiedene Faktoren.

Die schulgeldfreie Ausbildung ist schon lange überfällig. Es kann nicht erwartet werden, dass im Land der niedrigsten Löhne die Eltern noch Schulgeld für einen im Land wichtigen Ausbildungsberuf zahlen, während in anderen Berufsgruppen eine Ausbildungsvergütung erfolgt. Ungeklärt sind weiterhin noch die unterschiedlichen Personalschlüssel in Ost und West sowie die unterschiedliche Personalkostenzuweisung. Diese Unterschiede sind nicht mehr zeitgemäß und dienen nur der Fachkräftebeschaffung in den westlichen Ländern.

Wichtiges Kriterium sind auch die Arbeitsbedingungen. Durch die Digitalisierung könnten Arbeitsprozesse einfacher und übersichtlicher werden.

Kontrovers wurde unsere Forderung nach einer angemessenen tariflichen Vergütung des Pflege- und Betreuungspersonals diskutiert. Ein hoher Anteil von Teilzeitkräften ist nicht nur auf deren eigenen Wunsch zurückzuführen. Über den sinnvollen Einsatz von Assistenzsystemen zur Unterstützung des Pflegepersonals kann das Pflegepersonal entlastet werden. Eine höhere Wertschätzung der Pflegekräfte, angemessene Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen, eine Ganztagsbeschäftigung, die die Mitarbeiter nicht überfordert und sie Freude an der Arbeit haben lässt, sowie eine entsprechende Anerkennungskultur sind Faktoren eines attraktiven Berufs.

Unsere Forderung, die Fachkraftquote von 50 Prozent nicht anzutasten, fand nicht die Zustimmung aller Experten. Bisherige Versuche der Flexibilisierung haben nach unserer Kenntnis nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht. Noch immer verhindert die Bundesregierung die Einführung eines flächendeckenden, bedarfsorientierten Pflegepersonalschlüssels, der sich nicht an den Renditeerwartungen der Pflegekonzerne orientiert, sondern das Wohl der zu Pflegenden in den Mittelpunkt stellt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Kurzzeitpflege. Kurzzeitpflegebetten fehlen in vielen Regionen. Kombinierte Pflegeeinrichtungen mit stationärer Pflege, Tagespflege, Kurzzeitpflege und betreutem Wohnen sind modellhaft vorhanden und haben sich bewährt. Gute Erfahrungen müssten im Land besser vermittelt und verallgemeinert werden.

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Alternative Wohnformen sind noch nicht flächendeckend vorhanden. Neue Wege in der Pflege von Demenzpatienten werden noch zu wenig gefordert und gefördert. Am Wohnort der zu pflegenden Personen sind nicht nur stationäre Pflegeeinrichtungen und betreutes Wohnen vorzuzahlen, sondern wohnortnah auch ande-

re Wohnformen anzubieten.

In der Anhörung verwies Monika Schmidt auf weitere Themen, etwa zur Gewalt in der häuslichen Pflege. Präventive Hausbesuche hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart – dies müsse auch zügig umgesetzt werden. Steigende Kosten in der Pflege sowie das Risiko der Pflegebedürftigkeit dürften nicht privatisiert werden. Die Vorstellung, die wach-

sende Versorgungslücke privat schließen zu können, führe zu finanziellen Überforderung großer Teile der Bevölkerung und letztlich zur Mehrklassenpflege. Würdige Altenpflege dürfe nicht vom Geldbeutel der Betroffenen abhängig sein. Deshalb ist auch die Umkehr der Pflegefinanzierung zu überdenken. Alle Versicherten zahlen einen einheitlichen Festbeitrag, den Rest übernimmt die Pflegekasse. ■

LSB-Forderung ist erfüllt

Neuorientierung des Aktionsbündnisses für Gesundheit / Prof. Dr. Dr. Pratzel leitet Arbeitsgruppe

Im Sinne des 2008 erstellten Landesaktionsplans zur Gesundheitsförderung und Prävention wurde, zur Umsetzung des Prozesses der Gesundheitsziele, im September des gleichen Jahres das Aktionsbündnis für Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Um der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe von Prävention im Sinne des Präventionsgesetzes sowie um den regionalen Bedürfnissen gerecht zu werden, kam es im Januar 2017 zur Unterzeichnung einer Landesrahmenvereinbarung gemäß § 20f SGB V. Unter Berücksichtigung dieser Vereinbarung wurden der Gesundheitszieleprozess fortgeführt und drei Handlungsfelder definiert und in Arbeitsgruppen bearbeitet. Im Ergebnis sollen sie zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung in MV beitragen. Im Plenum des Aktionsbündnisses für Gesundheit wird der Landessenorenbeirat M-V e. V. vom Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich vertreten.

Im Oktober beschloss das Aktionsbündnis die Auflösung der bisherigen drei Arbeitsgruppen „Ernährung“, „Bewegung“ und „Psychische Gesundheit“ und dafür die Gründung von drei le-

bensphasenbezogenen Arbeitsgruppen: „Gesund aufwachsen in MV“, „Gesund leben und arbeiten in MV“ sowie „Gesund älter werden in MV“. Es beauftragte sie mit der Entwicklung lebensphasenspezifischer und landespezifischer Gesundheitsziele unter Berücksichtigung bereits vorhandener Landesgesundheitsziele.

Damit entspricht das Aktionsbündnis der langjährigen Forderung des Landessenorenbeirats und auch dem Beschluss des 10. Altenparlaments nach der Erarbeitung von Gesundheitszielen für Ältere. Es hat die Arbeitsgruppen weiterhin mit der Erarbeitung erster konkreter Umsetzungsschritte dieser Ziele beauftragt. Bis Mitte November konstituierten sie sich und legen bis zum 30. September 2019 ihre Arbeitsergebnisse vor, die dann u. a. auch in der Plenumsitzung des Aktionsbündnisses im vierten Quartal des kommenden Jahres erörtert werden. Die Arbeitsgruppen informieren die Steuerungsgruppe bis zum 30. April 2019 über den Zwischenstand der Arbeitsergebnisse. Als Leiter der Arbeitsgruppe „Gesund älter werden“ wurde Prof. Dr. Dr. Helmut G. Pratzel (Kreissenorenbei-

rat Mecklenburgische Seenplatte) berufen. Der Vorstand des Landessenorenbeirats empfahl für die Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe Monika Schmidt, Vorstandsmitglied und Leiterin der Arbeitsgruppe Gesundheit/Pflege/Wohnen im Alter, und Dr. Georg Weckbach, Leiter der Arbeitsgruppe Sport und Prävention beim LSB.

Die Neuausrichtung orientiert sich an den Bundesrahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz. Die Orientierung an Lebensphasen anstelle einzelner Schwerpunktthemen wird als stärker zielführend erachtet und eine enge Abstimmung zwischen der Steuerungsgruppe und den Arbeitsgruppen angestrebt.

Das Aktionsbündnis für Gesundheit beschließt das Einsetzen einer Steuerungsgruppe und beruft deren Mitglieder. Diese setzt sich aus Vertretern der Landesregierung, der gesetzlichen Krankenkassen, der Landkreise bzw. der kreisfreien Städte sowie einer weiteren Organisation bzw. eines Vereins zusammen. Um arbeitsfähig zu bleiben, wird die Anzahl der Mitglieder in der Steuerungsgruppe auf acht Personen begrenzt. ■

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.

Albert Einstein (1879-1955), dt.-amerikan. Physiker

Neufassung des Artikels 17a

Stellungnahme und Anhörung zur Änderung der Landesverfassung

Rechtsausschuss und Sozialausschuss forderten den Landesseniorenbeirat zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der CDU: „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Artikels 17a der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ (Drucksache 7/2575) auf und luden gemeinsam zur öffentlichen Anhörung im Oktober in den Plenarsaal des Landtags ein. Artikel 17a der Landesverfassung ist mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung der Verfassung vom Juli 2006 eingefügt worden. Es handelt sich um eine Staatszielbestimmung, die der Stärkung der Rechte von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen dient. Durch die Schaffung eines eigenen Artikels sollte der Schutz von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen hervorgehoben und dadurch dessen Bedeutung betont werden. Die gegenwärtig geltende Formulierung des Artikels 17a (Schutz von al-

ten Menschen und Menschen mit Behinderung) lautet: „Land, Gemeinden und Kreise gewähren alten Menschen und Menschen mit Behinderung besonderen Schutz. Soziale Hilfe und Fürsorge sowie staatliche und kommunale Maßnahmen dienen dem Ziel, das Leben gleichberechtigt und eigenverantwortlich zu gestalten.“

Vorgeschlagen wurde eine Neufassung des Artikels 17a (Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Teilhabe von Seniorinnen und Senioren): „Land, Gemeinden und Kreise setzen sich für die Selbstbestimmung und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie von Seniorinnen und Senioren ein.“

In unserer Stellungnahme verwiesen wir auf § 1 des Seniorenmitwirkungsgesetzes MV:

„(1) Das Ziel dieses Gesetzes ist es, die Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern

zu stärken und ihre aktive Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern. Über die reine Interessenvertretung hinaus sollen die Beziehungen zwischen den Generationen verbessert, die Solidargemeinschaft weiterentwickelt und vor allem der Prozess des Älterwerdens in Würde und ohne Diskriminierung unter aktiver Eigenbeteiligung der Betroffenen besser gewährleistet werden. Diese Ziele sind durch alle Behörden des Landes zu fördern.“

Deshalb ist es folgerichtig, dies auch für eine der größten Bevölkerungsgruppen unseres Landes in der Landesverfassung festzuschreiben. Sowohl Teilhabe der Seniorinnen und Senioren als auch der Schutz der älteren Menschen sollten dabei berücksichtigt werden. Die Mehrzahl der angehörten Experten unterstützten diesen Standpunkt und regten an, für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung zwei eigene Artikel zu formulieren. ■

Mit Achtung begegnen

Zweiter internationaler Tag der älteren Menschen in Kassel / Teilnehmer auch aus MV

Rund hundert Teilnehmer aus ganz Deutschland trafen sich zum Internationalen Tag der älteren Menschen Anfang Oktober in Kassel; er fand zum zweiten Mal bundesweit statt. Teilnehmer aus unserem Bundesland waren die LSB-Vorstandsmitglieder Karin Lechner und Siegfried Schwinn. „Ohne pflegende Angehörige geht gar nichts mehr“ – unter diesem Thema stand die zweitägige Fachkonferenz, in der die Bürgermeisterin und Sozialdezernentin der Stadt Kassel, Ilona Friedrich, betonte, dass vor allem Frauen die Pflegeaufgaben übernehmen und: „Paradoxe Weise ist unsere Gesellschaft

bisher nur unzureichend in der Lage, dieses gesellschaftliche Engagement angemessen zu würdigen.“

Altersdemenz stand im Mittelpunkt des Festvortrags von Prof. Dr. Andreas Kruse, Institutsdirektor

für Gerontologie an der Universität Heidelberg. Er forderte, die älteren demenzen Mitmenschen „nicht allein stehen zu lassen“. Man müsse sie mitnehmen, auf sie eingehen, sich mit ihnen beschäftigen und versuchen, deren Lebensqualität so weit wie möglich zu erhalten. Begeg-

Internationaler Tag der
älteren Menschen



nen sollte man ihnen mit Achtung und auch Achtung vor ihnen haben.

Deutlich wurde, dass sich die Pflegekräfte, von denen etwa 70 Prozent Frauen sind, eine Kontinuität der Pflege wün-

schten. Defizite im Bereich der ambulanten Pflege gebe es bei Information und Finanzierung. Der dritte Kongress zum Tag der älteren Menschen findet am 1. und 2. Oktober 2020 in Berlin statt. ■

Wortmeldung:

Wohnen wird zum Problem und zur sozialen Frage

Immer mehr Menschen bewegt die Sorge, keinen bezahlbaren Wohnraum mehr zu finden. Vor allem Rentnerinnen und Rentner, Alleinstehende und Menschen mit Behinderung leiden an der schrumpfenden Anzahl erschwinglicher Wohnungen. Für die Betroffenen ist das entwürdigend. Aber viel schlimmer noch: Es ist eine existenzielle Frage für die Betroffenen! Auf einen angemessenen Wohnraum kann niemand verzichten. In Städten und längst auch anderswo ist günstiger Wohnraum für die Empfänger kleiner Renten sowie kleiner und mittlerer Einkommen rar. Hinzu kommt der

„Rückbau“ preiswerter Wohnungen in vielen Städten unseres Landes. Was denken sich unsere Politiker dabei? Menschen müssen für die Miete so viel Geld aufwenden, dass nicht mehr genug zum Leben bleibt. In fast jeder Stadt in Deutschland fehlen preiswerte, bezahlbare Wohnungen – eine Tatsache, die nicht kleinzureden ist. Bund, Länder und Kommunen haben sich zunehmend aus der Verantwortung herausgezogen. Aus der Sicht eines Seniorenbeirats gehört die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum zur staatlichen Daseinsvorsorge. Deshalb fordern wir ein Investitionsprogramm

für eine öffentliche Wohnungsbauförderung. Und: Gelder vom Bund für sozialen Wohnungsbau dürfen nicht mehr zweckfremd verwandt werden. Probleme löst das zwar nicht sofort – die Wohnungen müssen erst gebaut werden. Und eine Mietpreisbremse lindert nur das Problem, mehr nicht. Steigende Mieten machen vielmehr das Wohnen zur sozialen Frage. „Gutes Wohnen – überall, für alle.“ Dies sollten sich alle Parteien für den bevorstehenden Wahlkampf in MV auf die Fahnen schreiben!

Siegfried Schwinn

Was geschieht, wenn...

Die Wenigsten von uns denken gern darüber nach: Was soll mit meinem Hab und Gut nach meinem Tod geschehen? Zwei Drittel der Deutschen drücken sich vor einem Testament. Sie haben keinerlei Verfügungen darüber getroffen, was mit ihrem Vermögen geschehen soll, wenn sie mal nicht mehr sind. Bei inzwischen über zweieinhalb Billionen Euro, die nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Altersvorsorge bis 2020 vererbt werden, besteht aber dringender Handlungsbedarf, zumal die gesetzlich geregelte Erbfolge nicht immer ver-

hindert, dass ein Erbe in unerwünschte Hände fällt. Fragen ergeben sich: Wer ist überhaupt erbberechtigt und wen darf ich zusätzlich berücksichtigen? Was ist zu beachten, wenn man ein Testament privat aufsetzen will und wo sollte es aufbewahrt werden? Wann brauche ich Hilfe durch einen Notar? Kann eine Schenkung die bessere Alternative sein und welche steuerliche Belastung kommt auf die Erben zu? Die Antwort sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden.

dlf

Werde ich mir das Altsein leisten können?

Das Alter. Das ist der Zustand, der immer weit weg liegt. Alt sind die Anderen, die, die nicht mehr jung sind. Die, die Rente beziehen. Aber wie gelangt man eigentlich an eine Rente? Für Millennials, also die nach 1980 Geborenen, scheint das Thema abgehakt. Altersarmut kommt, so lauten eben alle Prognosen. Ohnehin müssen sie erst einmal akute Probleme bewältigen: Hohe Mieten in den Städten, keine festen Arbeitsverträge, kaum Kitaplätze. Gleichzeitig haben sie wertkonservative Vorstellungen – wollen Kinder, ein Eigenheim und träumen vom ewigen Reisen. Da passt es nicht ins Lebenskonzept, sich mit der Rente auseinanderzusetzen.

Betriebs-, Riester-, Rürup- und gesetzliche Rente, private Altersvorsorge – die Liste der Modelle ist lang und undurchsichtig.

Eine Generation steht vor der komplexen Frage: Werde ich mir das Altsein leisten können? Oder ist die ganze Angst völlig unbegründet? Was bieten uns Banken, der Staat und Versicherer an, und wer macht Kasse? Ist das neue Modell PEPP aus der EU vielleicht eine Antwort? Unlängst beschäftigte sich mit diesem Thema der *Deutschlandfunk Kultur* in einem Feature innerhalb seiner Reihe „Zeitfragen“ mit dem Titel „Rentenlos glücklich“.

dlf

Geändertes Pflegegesetz stärkt Kommunen

Politik und Leistungserbringer müssen einvernehmlich zusammenarbeiten

Sozialministerin Stefanie Drese hat im Landtag für die Landesregierung den Entwurf zur Änderung des Landespflegegesetzes eingebracht. Sie sieht in der Reform einen weiteren Baustein zur Verbesserung der regionalen Pflege- und Unterstützungsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern.

Gleichzeitig werden die Rechte von Pflegebedürftigen gegenüber Einrichtungsträgern gestärkt.

„Mit dem Gesetzentwurf soll in erster Linie die Rolle der Kommunen in der Pflege weiterentwickelt werden“, sagte Ministerin Drese. Dabei gehe es

vor allem um eine Verbesserung der Steuerung, Kooperation und Koordination von Beratung und Pflege vor Ort. Hierzu gehörten insbesondere ein kommunales Initiativrecht zur Errichtung von weiteren Pflegestützpunkten sowie das Modellvorhaben Pflege. „Der demografische Wandel mit steigender Lebenserwartung bei zwar wieder höheren, aber immer noch niedrigen Geburtenziffern stellt die sozialen Sicherungssysteme und damit auch die gesetzliche Pflegeversicherung vor große Herausforderungen.“ Mit einem Anteil von rund fünf

Prozent Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung nimmt MV bundesweit einen Spitzenplatz ein.

Hochqualitativ könne die Versorgung pflegebedürftiger Menschen und die Unterstützung der Angehörigen nur dann sein, wenn Politik, Verwaltung, Pflegekassen, Leistungserbringer sowie das ehrenamtliche Engagement einvernehmlich zusammenarbeiten. Mit der Änderung des Landespflegegesetzes soll zugleich die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Umlagefähigkeit betriebsnotwendiger Aufwendungen berücksichtigt werden. ■

Präventionsprojekt in Heimen startet

Pflegebedürftige bleiben nicht die einzigen Opfer

„Obwohl Gewalterfahrungen leider zum Pflegealltag gehören, gibt es bislang nur wenig Angebote zur Gewaltprävention in der Pflege. Ich begrüße deshalb sehr, dass die Techniker-Krankenkasse sich dieser Problematik annimmt und gemeinsam mit der Universität zu Lübeck ein Präventionsprojekt in Pflegeheimen startet.“ Das betonte Sozialministerin Stefanie Drese kürzlich in Schwerin. Gewalt in der Pflege belastet Pflegebedürftige und Pflegekräfte und umfasse alles, was ihnen Schaden oder Leid zufüge. Sie könne vielfältige Formen annehmen und ist als solche manchmal nicht di-

rekt erkennbar. Mitunter könne sie auch unbeabsichtigt sein.

Auch wenn Pflegebedürftige besonders gefährdet sind, bleiben sie doch nicht die einzigen Opfer. In stationären Pflegeeinrichtungen kann Gewalt auch zwischen Pflegebedürftigen selbst stattfinden. Und auch die Pflegenden selbst sind nicht selten Opfer von Gewalthandlungen. „Wir müssen aus der Kultur des Wegsehens gemeinsam mit den Beschäftigten von Pflegeheimen eine Kultur des Hinschauens entwickeln“, betonte die Ministerin. Das begonnene Projekt sei deshalb von großer Bedeutung.

Die Grundlagen für die Zusammenarbeit von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung verbessert für alle Altersgruppen und in vielen Lebensbereichen das 2015 in Kraft getretene Bundesgesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention. Unter der Beteiligung der Pflegebedürftigen und der Pflegeeinrichtung sollen Pflegekassen Vorschläge zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation und zur Stärkung der gesundheitlichen Ressourcen und Fähigkeiten entwickeln sowie deren Umsetzung unterstützen. ■

Eine ehrliche Debatte ist nötig

Aufwertung der Sozialberufe und zukünftige Finanzierung der Pflege im Blick

Sozialministerin Stefanie Drese sieht in der kostenfreien Pflegeausbildung, der flächendeckenden Einführung von Tarifverträgen und der besseren Unterstützung von pflegenden Angehörigen wichtige Bausteine zur Sicherstel-

lung einer guten pflegerischen Versorgung auch in der Zukunft. „Wir brauchen vor allem mehr Anerkennung und die Aufwertung der Sozialberufe“ betonte sie auf dem Landespflegekongress Mitte September in Rostock.

Auch die Digitalisierung in der Pflege biete große Chancen. „Gerade in unserem ländlich geprägten Land haben vernetzte Hilfs- und Assistenzsysteme

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

sowie eine gute Service- und Transportrobotik eine hohe Bedeutung. Wir stellen deshalb eine Million Euro für Modellprojekte im Bereich Digitalisierung und Technik in der Pflege aus dem Strategiefonds des Landes zur Verfügung.“ Ein weiterer Schwerpunkt sei die Unterstützung der Kommunen bei der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung. „Hier geht es um den Ausbau der wohnortnahen unabhängigen Fachberatung sowie die Stärkung der weiteren Vernetzung und Entwicklung der Pflegestruktur vor Ort.“

Die Ministerin mahnte aber auch eine „ehrliche Debatte“ über die zukünftige Finanzierung der Pflege in Deutschland an: „Ich sehe eine Bereitschaft der Solidargemeinschaft, eine generelle Verbreiterung der Finanzierungsbasis und höhere Versicherungsbeiträge zu akzeptieren, sofern dies tatsächlich den Pflegebeschäftigten zu Gute kommt, der Personalschlüssel angehoben wird und es Verbesserungen in der Pflegeinfrastruktur gibt.“ Zur Kostenbegrenzung des Eigenanteils der Pflege äußerte sich die Sozialministerin auf dem AOK-Pflegeforum, das kürzlich in Schwerin stattfand. Gegenwärtig treffen Kostenerhöhungen

wegen der gedeckelten Leistungsbeiträge der Pflegeversicherungen unmittelbar und ausschließlich die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen, die so neben dem Pflegealltag auch noch ein erhebliches und oft unkalkulierbares Kostenrisiko schultern müssen.

„Und ich bin überzeugt, so Drese, dass viele Menschen bereit sind, mehr Geld für die Pflege auszugeben, wenn es gerecht dabei zu geht. Die zusätzlichen Einnahmen müssen zu einer Kostenbegrenzung des Eigenanteils führen und tatsächlich den Pflegebeschäftigten und der Infrastruktur zu Gute kommen.“ ■

Betroffenen mit Respekt begegnen

Berührungängste vermindern / „Kompetenzzentrum Demenz“ wächst weiter

Die Demenz-Betreuung gewinnt nach Ansicht von Sozialministerin Stefanie Drese immer mehr an Bedeutung. 38 von 100 Pflegebedürftigen sind vor allem infolge demenzbedingter Fähigkeitsstörungen bei der Bewältigung des täglichen Lebens auf eine dauerhafte Betreuung angewiesen. In MV betrifft dies etwa 30.000 bis 35.000 Personen, Tendenz steigend. Vor diesem Hintergrund startete das Sozialministerium im März 2017 ein auf mindestens drei Jahre konzipiertes Modellprojekt „Kompetenzzentrum Demenz Mecklenburg-Vorpommern“. Nach deren Beendigung wünscht sich die Ministerin eine landesweite Datenbank mit wichtigen Akteuren in der ambulanten und stationären Versorgung von Menschen mit Demenz, flächendeckende Schulungen sowie einen Ausbau der Vernetzung. Ge-

meinsam mit den Pflegestützpunkten sollen zudem professionelle Beratungsstrukturen auf- und ausgebaut werden. Neben den Strukturen der Selbsthilfe, den ehrenamtlichen Helfern und der verschiedenen Initiativen zum Thema Demenz sollen auch die Trägerverbände der ambulanten und stationären Altenhilfe, niedergelassene Ärzte, Betreuer, Sozialarbeiter und weitere Akteure eingebunden werden. Außerdem sollen Krankenhäuser, Polizei und Feuerwehr Teil des Netzwerks werden.“ Anlässlich der bundesweiten Woche der Demenz vom 17. bis 23. September rief Stefanie Drese dazu auf, Betroffene mit Respekt zu begegnen und sie in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. „Das kurze Gespräch im Treppenhaus, Hilfe beim Einkaufen, ein gemeinsamer Spaziergang – schon

Kleinigkeiten helfen, das Leben von Menschen mit Demenz und ihrer sie pflegenden Angehörigen etwas leichter und schöner zu machen.“ Das Wissen um die Krankheit sei noch nicht allzu verbreitet und es bestünden teilweise Berührungängste. Kompetente Ansprechpartner seien etwa der Landesverband der Deutschen Alzheimer-Gesellschaft und die Lokalen Demenz-Allianzen. Dort gibt es zahlreiche unterschiedliche Angebote – von der Beratung und Unterstützung bis hin zu Bewegungs-, Kultur- und Bildungsangeboten.

„Die niedrigschwelligen Betreuungsangebote zielen direkt auf die in der Häuslichkeit befindlichen demenzerkrankten Pflegebedürftigen ab und tragen zur maßgeblichen stundenweisen Entlastung der Angehörigen bei“, betonte Ministerin Drese. ■

Die Philosophen haben die Welt nur verändert – heute geht es darum, sie verschieden zu interpretieren, am besten pro Mann eine Meinung zu Allem, dann bleibt unterm Strich alles offen und, wenn alles gut geht, kein Stein auf dem anderen.

Gerhard Falkner, dt. Lyriker, Dramatiker und Essayist (geb. 1951)

Den ersten Platz hält Stralsund

Ministerin Drese: Pflege braucht Anerkennung, Öffentlichkeit und feierliche Anlässe

Den ersten Platz des Landes-Altenpflegepreises 2018 hat ein Kooperationsprojekt zwischen der Tagespflege und dem Pflegedienst Prettin mit der Gesamtschule „Marie Curie“ in Stralsund eingenommen. Innerhalb von Betriebsbesichtigungen, Schülerpraktika und Wahlpflichtunterricht wird Schülern der Klassenstufen 7 bis 10 das Berufsfeld Altenpflege näher gebracht und dafür geworben. Auf dem Landespflegekongress in Rostock wurde der mit 3.000 Euro dotierte Preis durch den Landespflegeausschuss und das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung verliehen.

„Bei allen Herausforderungen sollte das Thema Pflege nicht immer nur mit negativen Etiketten behaftet werden“, betonte Sozialministerin Stefanie Drese. Dies werde in keiner Weise den dort arbeitenden Menschen, den pflegenden Angehörigen und ehrenamtlich Engagierten sowie der Entwicklung im Pflegebereich gerecht. „Pflege braucht Anerkennung. Pflege braucht Öffentlichkeit. Pflege braucht feierliche Anlässe.“

Den zweiten Platz mit 1.500 Euro nimmt das Städtische Pflegeheim Neubrandenburg ein: „Genuss wie aus der Sterne-Küche – Show-Coo-

king und Restaurant-Feeling im Pflegeheim“; den dritten (500 Euro) der Grabower Pflegedienst und Tagespflege Henning: „Trotz Pflegebedarf die Welt entdecken“. Der Verleihung vorausgegangen war eine öffentliche Ausschreibung. 19 Bewerbungen zu verschiedenen Themenbereichen wurden eingereicht. Die Jury bestand u. a. aus Vertreterinnen und Vertretern der AOK Nordost, des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen, der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege der Vereinigung kommunaler Träger von Pflegeeinrichtungen MV sowie des Sozialministeriums. ■

Eine breite politische Diskussion tut not

Faire Entlohnung im Altenpflegebereich in MV weit unter dem Durchschnitt

„Die eingeleiteten Maßnahmen für eine Pflegeoffensive werden aus meiner Sicht nur erfolgversprechend sein, wenn die so wichtige Arbeit in der Pflege auch angemessen bezahlt wird.“ Sozialministerin Stefanie Drese hat sich auf dem Unternehmertag des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) Mecklenburg-Vorpommern für eine fairere Entlohnung der Beschäftigten im Altenpflegebereich ausgesprochen. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lagen 2016 in MV die

monatlichen Median-Bruttoentgelte der Fachkräfte (2.180 Euro) wie auch der Helferberufe (1.621 Euro) in der Altenpflege im bundesweiten Vergleich niedriger als die fast aller anderen Bundesländer. Bei den Fachkräften betrug der Abstand im Schnitt 618 Euro. Anbieter und Pflegekassen müssten sich zukünftig auf höhere Pflegesätze einigen und flächendeckende Tarifverträge anwenden.

Die Ministerin sprach sich für eine breite politische Debatte über die Finanzierung und Bezahlbarkeit der Pflege

in Deutschland aus. Diskussionswürdige Vorschläge lägen auf dem Tisch: Ausbau der Pflegeversicherung zur Vollversicherung, Verbreiterung der Finanzierungsbasis, höhere Versicherungsbeiträge oder Bundeszuschuss für eine gute Pflege. „Ich bin überzeugt, dass viele Menschen solche Ideen positiv bewerten, sofern dies tatsächlich den Pflegebeschäftigten zu Gute kommt, der Personalschlüssel angehoben wird und es Verbesserungen in der Pflegeinfrastruktur gibt“, betonte sie. ■

Ehrenamtskarte kommt

Stefanie Drese kündigte sie auf den Doberaner Klostertagen an

Die Leistungen der Ehrenamtler bedürfen besonderer Wertschätzung. Das betonte Sozialministerin Stefanie Drese gelegentlich der Eröffnung der Doberaner Klostertage, die in diesem Jahr unter dem Leitthema „Ehrenamt“ standen. Die Landesregierung unterstütze

deshalb weiter das bürgerschaftliche Engagement, verbessere die Rahmenbedingungen und baue die Maßnahmen der Anerkennung aus. „Die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen macht unsere Gesellschaft lebenswerter und stärkt den sozialen Zusammenhalt“,

sagte sie. Wichtig seien Fortbildungen, Ehrenamtsmessen und Ehrungen. „Zudem haben wir mit der Ehrenamtsstiftung einen zentralen Ansprechpartner installiert, der insbesondere kleinen

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Initiativen und Vereinen ganz gezielt hilft. Als weiteren wichtigen Schritt der Würdigung wollen wir nun eine landesweite Ehrenamtskarte einführen.“ Sie soll Vergünstigen für Ehrenamtler

bieten – in Landes- und kommunalen Einrichtungen, wie Museen, aber auch bei privaten Unternehmen.

Die Klostertage werden jährlich durch den Verein der „Freunde und Förderer des Klosters Doberan“ organisiert und durchgeführt. Sie gehören zu den

Veranstaltungen, die – so die Ministerin – „unsere Städte und Dörfer liebenswert“ mache. „Ob Aktionen, wie der wiederbelebte Dorfladen oder der Feuerwehrball, für ein positives Zusammenleben ist das freiwillige Engagement unabdingbar.“ ■

Ausschreibung zum 14. Mal

Medienkompetenz-Preis 2019 – Einsendeschluss ist am 18. Januar

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur schreiben für 2019 zum 14. Mal den Medienkompetenz-Preis Mecklenburg-Vorpommern aus. Veranstaltet wird der Wettbewerb in Zusammenarbeit mit dem Institut für neue Medien Rostock und dem Jugendmedienverband Mecklenburg-Vorpommern. Die Preisverleihung findet am 25. April 2019 im Rahmen des Rostocker Filmfestivals im StadtHafen (FiSH) statt. Schulklassen, Bildungsträger, Gruppen aus Freizeit- und Kindereinrich-

tungen, Vereine, Jugend- und Senioreninitiativen und Privatpersonen aus unserem Land können ab sofort ihre medienpädagogischen Projekte aus den Jahren 2018 und 2019 einreichen, online unter www.medienkompetenzpreis-mv.de oder per Post beim Institut für neue Medien, Festivalbüro, Friedrichstraße 23, 18057 Rostock unter dem Stichwort „Medienkompetenz-Preis M-V“. Die Projekte können aus allen Bereichen der Medienarbeit stammen, der Konzeptvielfalt sind keine Grenzen gesetzt. Es gibt keine Altersbeschränkung. Besonders Trä-

ger von Projekten aus dem frühkindlichen Bereich und von Projekten, die von und mit Seniorinnen und Senioren durchgeführt werden, sind aufgerufen, Bewerbungen einzureichen.

Der Preis wird in zwei Kategorien vergeben:

- für außerschulische Projekte (Vergabe: Medienanstalt MV)
- für schulische Projekte (Vergabe: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur)

Die Preise sind mit insgesamt 3.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 18. Januar 2019. ■

Irgendwas mit Medien?

Anhörungsreihe im Landtag: „Jung sein in MV“ / Zwei Berichte von Jugendlichen

Der Sozialausschuss des Landtags berät 2018 und 2019 innerhalb der Anhörungsreihe „Jung sein in MV“ in acht Sitzungen über die Belange von Jugendlichen in MV. Jugendliche Delegierte sind wie die Abgeordneten der Fraktionen im Ausschuss gleichberechtigt vertreten und dürfen Fragen stellen.

Danach verfassen die jugendlichen Delegierten des Landesjugendrings sowie die Vertreter der Fraktionen der SPD, CDU und LINKEN eine gemeinsame Stellungnahme mit ihren Forderungen zum jeweiligen Anhörungsthema. Die dritte Ausschusssitzung hatte das Thema „Medienbildung junger Leute im Kontext der Digitalisierung“.



Foto: elfTVLaage

Leon Thadewald (19) berichtete dazu:

Ein Großteil der Fragen an die Expert*innen zielten bei der Anhörung „Medienbildung junger Menschen im Kontext der Digitalisierung“

lediglich auf die Medienbildung in Schulen ab, wofür der Sozialausschuss jedoch grundsätzlich keine Kompetenzen hat. Viele der jugendlichen Delegierten haben deshalb versucht, den Fokus durch gezielte Fragen auch auf die außerschulische Medienbildung zu lenken. Wichtig ist eine Verknüpfung der schulischen mit der außerschulischen Medienbildung.

Deutlich machte die Debatte außerdem das Fehlen einer ganzheitlichen Strategie der Landesregierung zum Thema Digitalisierung und zur digitalen Medienbildung. Dazu sind die Lehrpläne und Lehramtsstudiengänge besser auf die wachsenden Herausforderungen in der digitalen Welt auszuliegen. Medienbildung in einem geson-



Foto: Claudia Gaschler

dernten Fach anzubieten, genügt nicht den modernen Ansprüchen an Medienkenntnisse. Medienbildung muss fächerübergreifend sein.

Handlungsbedarf, den wir als jugendliche Delegierte aus dieser Anhörung heraus erkennen, werden wir wieder in einer gemeinsamen Stellungnahme veröffentlichen. Wir danken Bernd Rosenheinrich als Vertreter des Landes-seniorenbeirats für seinen Beitrag als Experte in der Anhörung und freuen uns über die großen Gemeinsamkeiten in der Einschätzung des Themas.

Der Bericht von Josefine Birkholz (15):

„Wir bringen Chaos in die Ordnung!“ Unter diesem Motto diskutierten 80 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren für drei Tage im Landtag über Themen, die die jungen Menschen im Land bewegen. In vier Workshops debattierten die Teilnehmer von „Jugend im Landtag“ in den ersten Tagen darüber, wie jungen Menschen Medien näher gebracht werden müsse, was es braucht, um sie in Mecklenburg-Vorpommern zu halten, wie ein Europa für alle aussehen sollte und was

beim Thema Schule falsch läuft. Ein spannendes Ereignis war auch die Jugendanhörung im Sozialausschuss zum Thema „Medienbildung für junge Menschen im Kontext der Digitalisierung“, der die Jugendlichen mit großem Interesse lauschten.

Der Höhepunkt der Veranstaltung war ein Dialog mit den Abgeordneten aller Fraktionen, in dem wir unsere Ergebnisse der vorherigen Tage präsentierten und mit ihnen diskutierten.

„Ich freue mich zu sehen, dass viele Abgeordnete Interesse an unseren Ideen, Wünschen und Forderungen haben.“, so Josephin Schultz, Teilnehmerin von Jugend im Landtag „Es ist eine der wenigen Möglichkeiten, die Jugendliche im Land haben, um mitzuwirken.“



Foto: Claudia Gaschler

Es sollte mehr Veranstaltungen geben, bei denen solch ein konstruktiver Austausch zwischen jungen Menschen und Politikern zustande kommt. Denn letztlich sind wir es, die später in diesem Land leben, das die Politik jetzt gerade gestaltet.

Die Forderungen, die alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstützen, haben wir in einem Grundsatzprogramm gebündelt und dem Landtag überreicht. Nun hoffen wir, dass nach dem gelungenen Dialog an unseren Zukunftsvisionen im Landtag weitergearbeitet wird. Wer nachlesen will, welche Ideen wir für MV erarbeitet haben und welche schriftlichen Reaktionen es dazu von Abgeordneten gibt, findet dies unter www.jil.ljrmv.de ■



Foto: LandesjugendringMV

Eine anerkannte Medienbildungsstätte

Bürgerradio Studio Malchin feierte sein 15-jähriges Bestehen

Das Studio Malchin, der Offene Kanal der Medienanstalt MV in der Mecklenburgischen Schweiz, feierte seinen fünfzehnten Geburtstag. Ursprünglich als Welle Kummerower See gestartet, ging der Bürgersender am 1. Juli 2003 erstmals auf Sendung. Das Radiostudio befindet sich in der Stadtmühle Malchin in der Goethestraße 5.

Während die ersten Sendungen nur in der Region Neubrandenburg zu hören waren, sendet der Offene Kanal seit 2008 in der gesamten Mecklenburgischen Schweiz auf der UKW-Frequenz 98,7 MHz. Als Außenstudio gilt der Neubrandenburger Offene Kanals NB-Radiotreff 88,0. „Das Stu-

dio Malchin ist längst eine anerkannte Medienbildungsstätte und macht herzerfrischendes Radio für die Menschen vor Ort“, kommentiert Bert Lingnau, Direktor der Medienanstalt M-V.

Derzeit gibt es elf regelmäßige Radiomacherinnen und -macher. Neben regelmäßigen Sendungen ent-

stehen viele Beiträge aus aktuellen Anlässen: Berichtet wird etwa über Veranstaltungen der Kunstkapelle Remplin sowie der Burg Liepen, über verschiedene Feste in und um Malchin sowie über diverse Schulprojekte. Seit Dezember 2017 wird der Schulfunk der Regionalen Schule „Siegfried Marcus“ betreut. ■

Fernsehprogramm ab Dezember

Der Medienausschuss Mecklenburg-Vorpommern hat der Uckermark-TV GmbH die Zulassung erteilt, ab 3. Dezember ein lokales Fernsehprogramm in die Kabelanlagen Neubrandenburgs, der Mecklenburgischen Seenplatte und im südlichen Vorpommern einzuspeisen. Bisher war das nur in Brandenburg möglich. Die Zulassung gilt bis zum 2. Dezember 2028. ■

„Das stand so im Internet!“

Aktuelle Forschung zu Medienvielfalt und Meinungsmacht im digitalen Zeitalter

Innerhalb der Medientage München erschien der erste Vielfaltsbericht der Medienanstalten, der die verschiedenen Aspekte der Medienvielfalt anhand aktueller Forschungsergebnisse darstellt. Damit wollen die Medienanstalten die Diskussion über die Reform der Medienregulierung vorantreiben.

Neun Texte beschäftigen sich mit den aktuellen Ergebnissen der Mediengewichtungsstudie und des MedienVielfaltsMonitors der Medienanstalten. Die Studien erfassen die Machtverhältnisse auf dem Meinungsmarkt gattungsübergreifend und sorgen so für Transparenz. Die Gewichtungsstudie erfasst auch die Nutzung und Bedeutung von Informationsintermediären, wie z. B. Google, YouTube und Facebook, für die Meinungsbildung. In diesem Jahr wird erstmals auch die Bedeutung der Mediengattungen für die Information zu lokalen und regionalen Themen dargestellt.

In der Analyse zur Meinungsmacht im Internet wird deutlich, dass sich diese gerade im Netz in Bereiche verlagert, die in der Regulierung bislang noch kaum Beachtung gefunden haben.

„Algorithmen von Internetgiganten, wie Facebook, Google und Co., sorgen dafür, dass Nutzer nur ausgewählte Inhalte zu sehen oder zu hören bekommen. „Die Kriterien hierfür bleiben im Dunkeln“, sagte DLM-Vorsitzende Cornelia Holsten. „Transparenz, Diskriminierungsfreiheit und gesetzliche Berichtspflicht: Als Medienanstalten fordern wir, dass Informationsintermediäre regulatorische Mindeststandards erfüllen, um Meinungsvielfalt und -freiheit zu gewährleisten.“

Welche Rolle Soziale Medien bei der Nachrichtennutzung auch im internationalen Vergleich spielen, zeigt der Reuters Institute Digital News Survey 2018. Die Ergebnisse verdeut-

lichen, dass sich Internetnutzer vor allem in Deutschland zwar in Sozialen Medien über das Nachrichtengeschehen informieren, eine deutliche Mehrheit diese Kanäle aber lediglich als Ergänzung zu klassischen Medien verwendet.

Die Regulierung von Intermediären auf europäischer Ebene wird in einem weiteren Aufsatz thematisiert. Hier stehen insbesondere der Erhalt der Meinungsvielfalt und die Löschung rechtswidriger Inhalte im Vordergrund. Der abschließende medienpolitische Ausblick weist darauf hin, dass es bei der Sicherung der Medienvielfalt letztlich vor allem um die Sicherung eines unabhängigen Journalismus geht.

Der Vielfaltsbericht steht als Download auf der Webseite der Medienanstalten www.die-medienanstalten.de zur Verfügung. ■

BLICK ZUM NACHBARN – SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Altersparlament: Ein Tag voller Debatten

Mitte September tagte im Landeshaus in Kiel zum 30. Mal das Altersparlament. Die 85 Vertreter von Seniorenräten, Sozialverbänden, Parteien und Gewerkschaften lieferten „wichtige Impulse für die aktive Politik“, wie Landtagspräsident Klaus Schlie in seinem Grußwort betonte. Nach einem Tag voller Debatten stand ein Katalog von Vorschlägen, der nun den Fraktionen, den Ministerien sowie den schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten zugeleitet wird.

Das Altersparlament fordert:

- Das Rentenniveau soll von derzeit 48 auf 70 Prozent aufgestockt werden.
- Der Staat soll die Altersvorsorge so umbauen, dass auch Beamte und Selbstständige in die Rentenkasse einzahlen.
- Der Öffentliche Nahverkehr soll grundsätzlich kostenfrei sein.
- Um Pflegekräfte zu entlasten, soll die Arbeitszeit in diesem Beruf auf 35 Wochenstunden reduziert werden – bei vollem Lohnausgleich.
- Das Altersparlament unterstützt die aktuell laufende Volksinitiative, die sich für ein „Recht auf angemessenen Wohnraum“ als Staatsziel in der Landesverfassung stark macht.
- Supermärkte, Kantinen und Gaststätten sollen verpflichtet werden, übrig

gebliebene Lebensmittel an karitative Organisationen zu spenden.

Der Bremer Gesundheitswissenschaftler Prof. Gerd Glaeske wies in seinem Gastvortrag vor dem Altersparlament darauf hin: Wer aktiv ist und sich gesund ernähre, könne sein Leben um bis zu 14 Jahre verlängern. Das Rezept sei einfach, so Glaeske, der an der Uni Bremen das „Länger besser leben“-Institut leitet: fünf Portionen Obst und Gemüse am Tag, kein Tabak, wenig Alkohol sowie Bewegung. „Sitzen ist das neue Rauchen“, betonte Glaeske. 150 Minuten mäßige Bewegung oder 75 Minuten anstrengendes Training pro Woche reichten aus. Das Problem sei, so Glaeske: „Nur 42 Prozent der Deutschen schaffen das zurzeit.“

Was die gesunde Lebensweise betrifft, hat der 73-Jährige ein Gefälle in der Gesellschaft diagnostiziert: „Gesundheitschancen hängen mit Bildungschancen zusammen. Armut macht krank.“ Wohlhabende, gebildete Menschen litten seltener unter Herzkrankheiten, Stoffwechselerkrankungen oder Krebs als Menschen mit geringerer Bildung und weniger Geld auf dem Konto. Die krassen Unterschiede seien für ein reiches Land wie Deutschland „eine Schande“, schimpfte Glaeske. Seine Empfehlung:

Rechtzeitig die eigene Gesundheit in den Blick nehmen – „es kann nicht früh genug beginnen.“ Bereits 15-Jährige litten heute unter Altersdiabetes.

Auch die Mediziner trügen ihren Teil zum Bewegungsmangel bei, rügte der studierte Pharmazeut. Es würden immer mehr hochdosierte Schlaftabletten, Psychopharmaka und Allergiemittel verschrieben, vor allem an ältere Menschen. Inzwischen gebe es schon 1,5 Millionen Abhängige in Deutschland. Um gegenzusteuern, betreut Glaeske seit den 1990er Jahren ein Modellprojekt in der Gemeinde Obernkirchen in Südniedersachsen.

Der Beirat Niederdeutsch und das Altersparlament riefen gemeinsam die öffentlich-rechtlichen Sender auf, mehr Beiträge auf Plattdeutsch zu bringen: Der Platt-Anteil in Radio und Fernsehen müsse erhöht werden, beispielsweise um regelmäßige Nachrichten in Niederdeutsch. Der Norddeutsche Rundfunk baut seine Platt-Beiträge derzeit teilweise unangekündigt in das hochdeutsche Programm ein und hofft, so mehr Hörer und Zuschauer zu erreichen als durch feste Platt-Termine.

Der Landtag

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

Pflegeberufekammer als Ansprechpartner

Nach jahrelanger Diskussion hatte der Landtag im Juli 2015 eine Pflegeberufekammer nach Vorbild der Ärztekammer oder der Psychotherapeutenkammer ins Leben gerufen. Die damalige Koalition aus SPD, Grünen und SSW (Südschleswiger Wählerverband) versprach sich mehr Selbstbestimmung und Mitsprache für die Beschäftigten in der Pflege. Kritiker in der damaligen Opposition hielten die neue Kammer hingegen für überflüssig und warnen vor einer „Zwangsverkammerung“

der Pflegekräfte. Nach dem Regierungswechsel zur Jamaika-Koalition 2017 stellten allerdings auch die zuvor skeptischen Christ- und Freidemokraten die neue Kammer nicht mehr in Frage, da der Einrichtungsprozess bereits weit fortgeschritten sei.

Die Kammer hat nun ihre Arbeit aufgenommen. Eine von den Pflegekräften gewählte Versammlung bestimmte einen siebenköpfigen Vorstand, an dessen Spitze die Altenpflegerin Patricia Drube steht. Die Kammer hat ih-

ren Sitz in Neumünster und vertritt rund 21 000 Alten-, Kinder- und Krankenpfleger. Zu ihren Aufgaben gehört es, Fort- und Weiterbildungsordnungen zu erstellen, auf bessere Arbeitsbedingungen hinzuwirken und als Ansprechpartner für die Politik zu fungieren. Schleswig-Holstein war nach Rheinland-Pfalz das zweite Bundesland mit einer eigenen Pflegekammer, in diesem Sommer kam Niedersachsen als drittes hinzu.

Der Landtag SH

Nach Redaktionsschluss:

Fachtagung in Güstrow zur Gesundheit

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung MV lud am 14. November zu einer Fachveranstaltung mit dem Thema „Gesund älter werden in ländlichen Regionen – Lebensqualität vor Ort gestalten“ in das Hotel am Schlosspark in Güstrow ein.

Kooperationspartner war der Landes-seniorenbeirat. Die Zusammenkunft richtete sich primär an haupt- und ehrenamtliche Akteure aus dem Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen, be-



sonders aus den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, Stadt- und Regionalentwicklung, Seniorenarbeit, Beratung und Pflege, Wohnen, Mobilität und bürgerschaftliches Engagement. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung förderte das Treffen im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit in Bonn. Zwei Impulsvorträge über das Altern im ländlichen Raum vom Deutschen Zentrum für Altersfragen

in Berlin sowie über Potenziale in Kommunen von der BAGSO bestimmten den Vormittag. Zwei parallele Foren mit Praxisbeispielen aus Dobbertin, Grabow, Woldegk und dem Ostseebad Wustrow sowie von der Hochschule Neubrandenburg rundeten am Nachmittag die Tagung ab. Fazit: Wer mit zunehmendem Alter in seiner Kommune das Gefühl hat, versorgt und sicher zu sein, gebraucht zu werden und mitmachen zu können, wird sich wohler fühlen und eine gesteigerte Zufriedenheit empfinden. ■

Was ist die „Initiative Leben und Wohnen im Alter“?

Die „Initiative Leben und Wohnen im Alter“ ist ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, mithilfe von Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft den Ansprüchen zum selbstbestimmten Altern gerecht zu werden. So kann der Verbund u. a. mit Wohnungsgesellschaften, Pflegediensten und Sanitätshäusern ein Gesamtpaket für den Betroffenen anbieten. Ob die Beförderung, Betreuung oder die Vermittlung der Wohnung selbst – diese Aufgabenbereiche übernehmen Mitglieder des Vereins. Außerdem bieten verschiedene Anlaufstellen für Interessierte und Betroffene anschaulich, was ILWiA gerade für Lösungen für die eigene Wohnung anbietet. Hierbei wird die momentane Tendenz, so lange wie möglich im gewohnten Umfeld zu leben, aufgegriffen. Mit innovativen Projekten, wie der Musterwohnung in Greifswald, wird der Besucher über technische Hilfen im Alltag informiert und sensibilisiert. Um noch mehr Menschen zu erreichen, gibt es seit Oktober eine mobile Wohnung, ausgestattet mit verschiedenen technischen Hilfen, zur Demonstration der möglichen Unterstützungen im Alltag. Diese

Wohnung besteht aus zwei Containern, die unter anderem ein modernes Smart-Home-System zeigt, welches für jedermann kinderleicht zu bedienen ist. Eine große grafische Oberfläche ermöglicht mit eindeutigen Symbolen eine intuitive Bedienung. Weiterhin wird die Sensorik vorgeführt und erklärt



links: Wecker (Quelle: Bellmann Symfon)

rechts: Wassermelder (Quelle: Fibaro)

und kann auch nach Bedarf der Gäste selbst ausprobiert werden. So werden die Feuchtigkeitssensoren, die Bewegungsmelder und die Überlaufsensoren demonstriert, die gerade im Bad und in der Küche Gefahren frühzeitig erkennen und den Bewohner darüber informieren. Mit der Herdabschaltung, die zusammen mit einem Temperatursensor den Herd überwacht, ist es möglich, zu kochen ohne bei Vergessen des Abschaltens in Gefahr eines Brandes zu geraten. Doch auch der Bereich Leben wird abgedeckt und zeigt optisches Telefon- und Türklingeln sowie Vibrationskissen für die nächtliche Warnung des Rauchmelders oder den Wecker. Tragbare Notknöpfe sollen in der Wohnung und bei Spaziergängen



Mobil & Sicher im Alter

Hilfen für Zuhause und Unterwegs

Weitere Informationen zum Verein und zum ILWiA Mobil unter: www.ilwia.de

Fortsetzung auf Seite 24



Vitanas

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Länger
besser
leben!

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark

Fortsetzung von Seite 23

im Notfall helfen, um den Betroffenen zu finden und bei Bedarf den Pflegedienst oder die Angehörigen zu alarmieren. Beim Verlassen der Wohnung werden offenstehende Fenster und Türen angezeigt und können kontrolliert werden. Anschließend wird der Sicherheitsmodus aktiviert, der die Sensoren an Fenstern und Türen zu einer Alarmanlage werden lässt. Wird der Alarm ausgelöst, können selbst gewählte Nummern, wie die Polizei, aber auch die Wohnungsgenossenschaft oder



Fenstersensor (Quelle: Fibaro)

der Pflegedienst, alarmiert werden. Durch diese technischen Alltagshilfen wird rund um die Uhr für Sicherheit in der Wohnung gesorgt, ohne den Bewohner dabei einzuschränken. Mit dem Verbleiben im gewohnten Umfeld bleiben soziale Kontakte und auch

die Beziehungen zur Familie bestehen. Die Container werden auf verschiedenen Messen und bei Veranstaltungen gezeigt, können aber auch für eigene Zwecke gemietet werden.

Anlässlich der Landesseniorentage waren die Musterwohnungen auf dem Marktplatz in Stralsund aufgestellt und fanden viele interessierte Besucher.

Kontakt: ILWiA e.V.

André Huysmann

Telefon: 03834 550 115

Email: huysmann@ilwia.de

www.ilwia.de

Lebensmittel haben „innere Werte“

Kohlenhydrate sind in der Betrachtung in Verruf gekommen

Häufig hört man die Empfehlung, bei Lebensmitteln auf eine hochwertige Qualität zu achten, doch was bedeutet dies im ernährungswissenschaftlichen Sinn? Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sehen ein Lebensmittel als qualitativ hochwertig an, wenn es ein makellostes Aussehen hat. Auch Hersteller werben gern mit Aussagen wie „von bester Qualität“ oder „hochwertig“. Und im Handel gibt es Güte- oder Handelsklassen, die eine bestimmte Qualität z. B. von Gemüse und Obst anhand von Parametern, wie Festigkeit, Farbbeschaffenheit, Größenabweichung oder Formfehler, festlegen. Die Qualität im wissenschaftlichen Sinne wird jedoch nicht an einem perfekten äußeren Erscheinungsbild festgemacht, sondern an den „inneren Werten“ eines Lebensmittels. Selbstverständlich kann daher auch eine verformte Möhre mit Farbabweichungen von ihren Inhaltsstoffen her genauso hochwertig sein wie ihr „makelloser Nachbar“.

Spricht ein Ernährungswissenschaftler von Qualität, so meint er häufig die verschiedenen Formen der drei Makro-

ronährstoffgruppen Kohlenhydrate, Fette und Proteine (Eiweiße). Leider werden häufig eine oder mehrere dieser Nährstoffgruppen pauschal als eine Gesamtheit bewertet, obwohl innerhalb einer Gruppe eine starke Variabilität besteht. Klarer wird diese Diskrepanz am Beispiel der Kohlenhydrate, die in der öffentlichen Betrachtung in Verruf gekommen sind. Dabei sollten 50 bis 60 Prozent der täglichen

Energie aus Kohlenhydraten stammen. Wichtig ist aber, welche Kohlenhydrate man dabei zu sich nimmt. Hierbei kommt der Begriff der Qualität wieder ins Spiel. Qualitativ hochwertige Kohlenhydrate sind die sogenannten Ballaststoffe, die in Vollkornprodukten, Gemüse und Hülsenfrüchten stecken. Sie werden langsamer verdaut und lassen daher den Blutzuckerspiegel nicht so schnell steigen. Auch quellen sie im Magen-Darm-Trakt auf und sorgen für eine längere Sättigung. Zudem sind sie das „Futter“ für unsere

Darmbakterien. Außerdem binden sie unerwünschte Stoffe im Darm und schleusen sie aus. Kohlenhydrate einer geringeren Qualität sind die kurzkettigen sowie einige langkettige, aber schnell verdauliche Vertreter – dazu zählen Zucker jeglicher Art und ballaststoffarmes Weißmehl.

Genauso verhält es sich mit den Fetten. Auch hier gibt es mehrere Fettqualitäten, die es zu unterscheiden gilt. Es gibt gesättigte Fettsäuren, einfach oder mehrfach ungesättigte Fettsäuren und trans-Fettsäuren. Insgesamt sollte der Anteil an Fetten in der Ernährung



DGE-Ernährungskreis

etwa 30 Prozent ausmachen; aufgeteilt in die verschiedenen Qualitäten bedeutet dies etwa sieben bis zehn Prozent mehrfach ungesättigte Fettsäuren aus Fisch und Pflanzenölen, zehn Prozent einfach ungesättigte Fettsäuren aus Pflanzenölen, rund sieben bis zehn Prozent gesättigte Fettsäuren aus Fleisch, Ei und Milchprodukten sowie unter einem Prozent trans-Fettsäuren (enthalten vor allem in verarbeiteten Produkten, wie Fertigessen, Gebäck und Fast Food). Ein zu hoher Anteil an trans-Fettsäuren und gesättigten Fettsäuren in der Ernährung erhöht das Risiko für Übergewicht und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, so dass diese Fettqualitäten einen geringeren Anteil an der Tagesfettaufnahme haben sollten. Einfach und mehrfach ungesättigte Fettsäuren hingegen senken das Risiko beispielsweise für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Letztlich gibt es auch bei Proteinen verschiedene Qualitäten. Hier ist es allerdings etwas anders als bei den beiden ersten Gruppen, denn hier ist der Qualitätsbegriff gegenteilig zur Empfehlung. Das erscheint erst einmal verwirrend, wird aber verständlicher, wenn man die Hintergründe kennt. Eine Proteinqualität ist umso hochwertiger, je besser der Körper sie aufnehmen und in körpereigenes Protein umwandeln kann. Und das kann der Körper dann gut, wenn die Proteinzusammensetzung (die sogenannten Aminosäuren) der körpereigenen Zusammensetzung ähnlich ist. Tierische Proteine (Fleisch, Fisch, Milchprodukte und Ei) sind den körpereigenen Proteinen ähnlicher als pflanzliche und werden daher als qualitativ hochwertiger bezeichnet. Dennoch lautet die Empfehlung: nur maßvoll mit tierischen Lebensmitteln die Ernährung zu ergänzen, da diese weitere unerwünsch-

te Stoffe mit sich bringen (siehe oben). Wenn man pflanzliche Proteine aber gut kombiniert, erreicht man auch eine höhere Proteinqualität – Beispiele sind Getreideprodukte und Hülsenfrüchte. Auch die Kombinationen pflanzlicher und tierischer Quellen, wie Kartoffeln und Ei oder Milchprodukte mit Getreide oder Kartoffeln, bieten sich an. Das Erhöhen oder Reduzieren einer kompletten Nährstoffgruppe (z. B. „Low Carb“ = kohlenhydratarmer Ernährung) ist daher nicht zielführend und kann gesundheitliche Risiken bewirken. Sinnvoller ist es, den Anteil der entsprechenden Nährstoffqualitäten zu beachten, also möglichst Ballaststoffe, ungesättigte Fettsäuren aus Pflanzenölen und Fisch sowie gut kombinierte pflanzliche Proteinquellen zu wählen.

*Deutsche Gesellschaft
für Ernährung e. V.*

Sektion Mecklenburg-Vorpommern

Gut versichert – auch im Alter

Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Angeboten für Senioren

Für die Versicherungswirtschaft ist die Generation der Seniorinnen und Senioren eine beliebte Zielgruppe. Die Erfahrungen zeigen aber, dass diesem Personenkreis auch Versicherungsverträge vermittelt werden, die nicht immer bedarfsgerecht sind.

Mit dem Eintritt ins Rentenalter verändert sich der Versicherungsbedarf. Zum Beispiel ist die Absicherung existenzbedrohender Risiken, wie die Sicherung des Einkommens durch eine Berufsunfähigkeits- und Risikolebensversicherung, nun nicht mehr wichtig; die Rente garantiert das monatliche Einkommen. Allerdings fällt es vielen Rentnerinnen und Rentnern mit geringen Einkünften schwer, überhaupt den Lebensunterhalt zu bestreiten. Trotzdem sollte der jeweilige Versicherungsbestand überprüft und gegebenenfalls optimiert werden. Wer dazu Hilfe benötigt, kann die vom Anbieter unabhängige Beratung der Verbraucherzentrale nutzen.



Welche Versicherungsverträge kommen für Seniorinnen und Senioren in Betracht?

Private Haftpflichtversicherung

Dies ist die wichtigste Versicherung – sie ist unbedingt erforderlich. Sie zahlt Schadenersatz für alle Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die Sie fahrlässig oder grob fahrlässig verursacht haben. Denn jeder haftet für diese Schäden in voller Höhe. Die Versicherungen bieten spezielle Tarife für Senioren an. Auch die Abwehr unberechtigter Forderungen gehört zum Versicherungsschutz. Für Ehegatten und eingetragene Lebenspartner reicht eine Police aus. Auch in eheähnlicher Gemeinschaft le-

bende Personen können sich auf Antrag in einem Vertrag versichern.

Kfz-Versicherung

Als Pflichtversicherung ist die Kfz-Haftpflichtversicherung gesetzlich vorgeschrieben. Diese schützt andere vor den finanziellen Folgen von Autounfällen, die Sie verursacht haben. Auch wer sein Leben lang unfallfrei gefahren und in eine sehr günstige Schaden-Freiheitsklasse eingestuft worden ist, muss im Rentenalter erhebliche Zuschläge zahlen. Denn ältere Fahrer – meist ab 65 Jahre – gelten als Risikokunden. Mit einem Tarif- oder Anbieterwechsel lässt sich oft Geld sparen. Eine andere Möglichkeit zum Sparen besteht darin, das Auto auf einen jüngeren Fahrer zu versichern, beispielsweise einen jüngeren Ehe- oder Lebenspartner, der das Auto bisher auch schon genutzt hat.

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Die Kaskoversicherung gibt es als Voll- oder Teilkaskoversicherung und kann zusätzlich zur Kfz-Haftpflichtversicherung abgeschlossen werden. Auch wenn die Vollkasko nicht mehr benötigt wird, weil das versicherte Auto schon etwas älter ist, sollte dieser Versicherungsteil nicht vorschnell gekündigt werden. Denn wer langfristig unfallfrei gefahren und in einer sehr günstigen Schaden-Freiheitsklasse eingestuft ist, zahlt in der Vollkasko häufig weniger als in der Teilkasko.

Auslandsreise-Krankenversicherung

Viele Senioren verreisen gern. Das Risiko, am Urlaubsort zu erkranken, steigt mit zunehmendem Alter. Diese Versicherung ist sehr wichtig, da die gesetzlichen Krankenkassen die Behandlungskosten im Ausland oft nur zum Teil oder gar nicht übernehmen. Den Krankenrücktransport in die Heimat, der einen fünfstelligen Betrag kosten kann, bezahlen die Krankenkassen grundsätzlich nicht. Sollten Sie chronisch erkrankt sein, zahlt die Auslandsreise-Krankenversicherung keine Behandlungen im Zusammenhang mit dieser Krankheit. Jedoch zahlt sie für die Fälle, die nicht mit der Vorerkrankung im Zusammenhang stehen.

Auch privat Krankenversicherte sollten den Abschluss einer Auslandsreise-Krankenversicherung in Erwägung ziehen, vor allem dann, wenn in bestehenden Tarifen der Krankenrücktransport eingeschränkt ist oder ganz fehlt.

Pflege- und Zahnzusatzversicherung

Policen für den Pflegefall und den Zahnersatz sind wünschenswert. Diese sollte man aber bereits zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr abgeschlossen haben, denn im Rentenalter werden sie richtig teuer, oder ein Vertragsabschluss wird auf Grund von bestehenden Vorerkrankungen abgelehnt.

Private Unfallversicherung

Statistisch gesehen steigt für Rentner das Risiko, durch einen Unfall eine bleibende körperliche Beeinträchtigung zu erleiden. Als Rentner werden Sie zwar weiterhin Ihre Rente erhalten, die Folgen einer unfallbedingten Invalidität müssen Sie aber in der Regel selbst finanzieren: Beispielsweise muss die Wohnung umgebaut werden, die Anschaffung eines geeigneten Autos oder zusätzliche Pflegeleistungen müssen bezahlt werden.

Nach einer festgestellten Invalidität erfolgt durch die Versicherung, entsprechend dem festgestellten Invaliditätsgrad, eine Einmalzahlung oder eine Rentenzahlung. Hierbei gilt folgendes zu bedenken: Haben bestehende Krankheiten oder Gebrechen an der unfallbedingten Gesundheitsschädigung mitgewirkt, so wird die Versicherungsleistung entsprechend gemindert.

Senioren-Unfallversicherung

Viele Versicherer bieten diese spezielle Art der Unfallversicherung an, bei denen auch Unfälle infolge von Herzinfarkt oder Schlaganfall mitversichert sind und auch ein Oberschenkelhalsbruch berücksichtigt wird. Zusätzlich werden im Rahmen dieser Versicherung weitere Leistungen erbracht, wie etwa Menü- und Wäscheservice oder Organisation einer Haushaltshilfe, was gerade für Alleinstehende sinnvoll sein kann. Die Versicherung sollte diese Leistungen aber nicht nur organisieren, sondern auch die Kosten dafür übernehmen.

Sterbegeldversicherung

Am Ende eines Lebens müssen die Bestattungskosten bezahlt werden. Wer damit seine Hinterbliebenen finanziell nicht belasten will, versucht schon zu Lebzeiten, Vorsorge zu treffen. Viele Senioren haben bereits während des Berufslebens einen Notgroschen angespart. Manchmal besteht auch noch aus früheren Zeiten eine Lebensversicherung, mit der die Hinterbliebenen für den Todesfall abgesichert sind.

Eine weitere Möglichkeit, die im Ernstfall finanziell weiterhelfen kann, ist die Übergangshilfe aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Witwen und Witwer. Wer Anspruch auf eine gesetzliche Rente hat, erhält auf Antrag drei volle Monatsrenten aus dem sogenannten Sterbevierteljahr. Das von den gesetzlichen Krankenkassen gezahlte „Sterbegeld“ ist schon seit 2004 ersatzlos gestrichen. Aus diesem Grund werden häufig sogenannte Sterbegeldversicherungen angeboten.

Bei diesen Versicherungen handelt es sich um eine kleine Kapitallebensversicherung, die selbst im hohen Alter ganz ohne Gesundheitsprüfung abgeschlossen werden kann. Beim Tod der versicherten Person wird nach einer Wartezeit von zwei oder drei Jahren die volle Versicherungssumme an die im Vertrag bestimmte Person ausgezahlt. Tritt der Tod während der Wartezeit ein, erfolgt in der Regel die Rückzahlung der bis dahin entrichteten Beiträge. Die Beitragszahlungsdauer endet meistens mit dem 85. Lebensjahr.

Der Vorteil dieser Versicherung besteht darin, dass jeder einen derartigen Vertrag ohne Gesundheitsprüfung abschließen kann. Der Nachteil ist, dass der Versicherungsschutz recht teuer erkaufte werden muss. Die Summe der einzuzahlenden Beiträge ist oft wesentlich höher als die versicherte Leistung. Wer zum Beispiel mit 65 Jahren eine Sterbegeldversicherung mit einer garantierten Versicherungssumme von 5.000 Euro abschließt, zahlt monatlich etwa 34 Euro. Bis zum Ende der Beitragszahlungsdauer mit 85 Jahren müssen insgesamt 8.160 Euro eingezahlt werden (34 Euro x 12 Monate x 20 Jahre). Die Überzahlung beträgt somit beachtliche 3.160 Euro.

Wer sich dennoch für eine Sterbegeldversicherung interessiert, sollte immer mehrere Vergleichsangebote einholen und die Produktinformationsblätter möglichst genau le-

sen. Auch bei Vertragsangeboten von noch so seriös auftretenden Organisationen oder Vereinen sollte eine sorgfältige Prüfung vor Unterschriftsleistung erfolgen.

Bestattungsvorsorgevertrag

Wer bereits das Geld für eine Bestat-

tung angespart hat, benötigt keine Sterbegeld-Versicherung. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, schon zu Lebzeiten mit einem Bestatter einen Vorsorgevertrag abzuschließen. Hier können alle Einzelheiten für die von Ihnen gewünschte Bestattungsform festgelegt und die dafür benötigte

Summe zweckgebunden auf ein Treuhandkonto hinterlegt werden.

Weitere Auskünfte hierzu geben auch der Verband unabhängiger Bestatter (VuB), der Bundesverband Deutscher Bestatter (BDB), das Deutsche Institut für Bestattungskultur (DIB) oder das Bestattungsunternehmen vor Ort. ■

Professionell in Häuslichkeit und Tagespflege

Vielfältiges Netzwerk an Hilfsangeboten in der Region Neubrandenburg

Wenn's um mehr als nur die Vergesslichkeit geht ... Vielmehr, wenn Gedächtnislücken regelmäßig auftreten, Worte „verloren gehen“ und die Kaufhalle „nicht mehr da“ ist, wenn das Interesse an Hobbys nahezu erlischt und soziale Kontakte nicht mehr gepflegt werden – dann könnte mehr dahinterstecken. Es könnten Symptome einer demenziellen Erkrankung sein, die sich in einem allmählichen Prozess beim Betroffenen entwickelt hat. Aber nicht jede Beeinträchtigung des geistigen Leistungsvermögens muss ein Alarm-signal für Demenz sein. Deshalb ist stets eine zeitnahe hausärztliche Vorstellung der Beschwerden dringend zu empfehlen, und durch eine weitere fachärztliche Untersuchung kann abgeklärt werden, welche Ursachen die Auffälligkeiten haben.

Wird die Diagnose „Demenz“ durch einen Facharzt für Neurologie/Psychiatrie bestätigt, ist dies oftmals für den erkrankten Menschen und seine Familie eine erschütternde Nachricht. Sehr viele Fragen und auch Ängste stehen unabwendbar für den Betroffenen selbst und für seine Familie im Raum. Demenz ist eine Erkrankung, die das Gehirn betrifft. Sie hat mit rund 50 Einzeldiagnosen viele „Gesichter“. Dabei sind die Alzheimer-Demenz und die gefäßbedingte Demenz die häufigsten Formen. Ebenso mannigfaltig wie die individuellen Krankheitsbilder sind auch die Lebenssituationen der betroffenen Menschen. Jeder Patient erlebt „seine



Das Neubrandenburger Team: Silke Salis, Katrin Kroll, Cornelia Blatt, Anke Rossow
Foto: Cornelia Blatt

Demenz“ anders, und auch jede Familie hat eigene Bewältigungsstrategien. Im Fokus stehen dabei die Bedürfnisse und Wünsche des Menschen, der Schutz seiner Würde und die Ressourcen seines sozialen Umfelds. Betroffene Menschen und ihre Angehörigen bedürfen in der Regel nicht allein ärztlicher Hilfe, sondern auch pflegerischer und sozialer Beratung sowie Unterstützung.



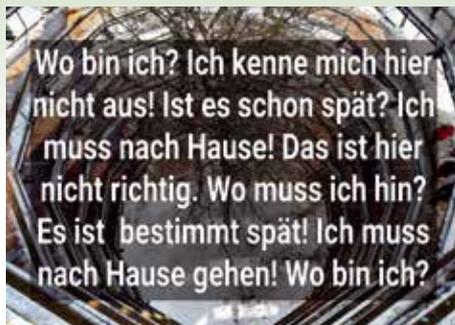
Pflegebedürftige Menschen zu Hause zu versorgen, gehört für viele Angehörige ganz selbstverständlich zu ihrem Alltag. Bei Menschen mit einer demenziellen Erkrankung wachsen die Betreuungs- und Pflegeanforderungen allerdings stetig. Emotionale Krisen mit ängstlichem Verhalten können im Krankheitsverlauf auftreten. Aggressionen, die ein Symptom der Krankheit und kein „böser Wille“ des Patienten sind, können allen Beteiligten viel Kraft abverlangen.

Wenn Angehörige an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und Verantwortlichkeit stoßen, ist professionelle Hilfe nötig, um Entlastung zu schaffen und die häusliche Situation zu stabilisieren. Eine genaue Feststellung des Bedarfs an medizinischen und pflegerischen Maßnahmen sowie an Betreuung ist notwendig. Aber auch ein Nachdenken über weiter reichende Alternativen zur aktuellen Pflege- und Versorgungssituation kann angezeigt sein. In der Region Neubrandenburg steht den Bürgern ein vielfältiges Netzwerk an Hilfsangeboten für Menschen mit demenziellen Erkrankungen zur Verfügung, das in den zurückliegenden fünf Jahren stetig stärker verknüpft wurde. Der Pflegestützpunkt Neubrandenburg als kostenfreie und neutrale Beratungsstelle verfügt über alle Daten und Informationen dieses Netzwerks und kann hier der erste Anlaufpunkt für Hilfesuchende sein.

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Einerseits können die dortigen Mitarbeiter bei praktischen Fragen von Kranken- und Pflegeversicherung und Sozialhilfe beraten und Hilfestellung bei der Beantragung der verschiedenen Leistungen geben. Auch können sie auf Wunsch der Bürger die Organisation der häuslichen Pflege Schritt für Schritt begleiten. Getreu dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ beraten sie vorrangig bei ambulanten Hilfen. Dazu gehören die stundenweise Betreuung durch professionelle Dienste in der Häuslichkeit und die Tagespflege in einer Einrichtung. Demenziell erkrankte Bürger sollten möglichst lange in ihrem vertrauten Lebensumfeld verbleiben können. Jedoch wenn die Erkrankung fortschreitet, ist dies oft nicht mehr möglich. Es kann deshalb notwendig werden, den Betroffenen in einer ambulant betreuten Wohn-



form oder in einem Pflegeheim unterzubringen.

Bei der Suche nach einer geeigneten Einrichtung und bei Fragen zur Finanzierung kann der Pflegestützpunkt Neubrandenburg Unterstützung leisten. Außerdem kann die Beratungsstelle den Kontakt zu allen Netzwerkpartnern, wie den ambulanten Pflegediensten, der Unabhängigen Demenzberatung im „Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum Neubrandenburg“, der überregionalen Deutschen Alzheimer-Gesellschaft in Rostock und zu den regionalen Selbst-

hilfegruppen vermitteln. Neben der individuellen bedarfsgerechten Pflege und Versorgung stehen der respektvolle Umgang mit dem Patienten und seine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft im Mittelpunkt der Beratungs- und Unterstützungsangebote des Pflegestützpunktes.

Seit Juli 2018 befindet sich der Pflegestützpunkt zentral gelegen in Neubrandenburgs „Zigarre“ in der Woldegker Straße 6, Bushaltestelle Rathaus. Sprechzeiten vor Ort und tägliche telefonische Erreichbarkeit oder per E-Mail: Dienstag von 8 bis 12 und 13 bis 17.30 Uhr, Donnerstag von 8 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Telefon der Pflegeberatung: 0395 – 5570 875 75, der Sozialberatung: 0395 – 5570 875 752; pflegestuetzpunkt-neubrandenburg@lk-seenplatte.de

*Cornelia Blatt
Sozialberaterin im
Pflegestützpunkt Neubrandenburg*

Im Fokus dreister Betrüger

Die Polizei rät Senioren: Seien Sie Fremden gegenüber misstrauisch

Betrüger haben in den letzten Jahren unterschiedliche perfide Varianten entwickelt, um an die Ersparnisse von Seniorinnen und Senioren zu gelangen. Dabei nutzen sie gezielt die Gutmütigkeit und Hilfsbereitschaft der Generation 60-Plus aus. Einzeltrick, falsche Polizeibeamte oder Handwerkertrick sind nur einige wenige Beispiele an kriminellen Machenschaften. Die Polizei klärt über die bekanntesten Maschen auf und gibt Tipps gegen dreiste Betrüger.

Eine der momentan häufigsten Betrugsvarianten ist das Auftreten von „falschen Polizeibeamten“. Die Täter geben sich am Telefon als Polizeibeamte aus und gaukeln vor, dass Einbrecher es auf das Ersparnis der Opfer abgesehen hätten. Schließlich wird ein Übergabetermin ausgemacht, damit die vermeintlichen Polizisten die Wertgegenstände an einen sicheren Ort bringen

können. Am Telefon versuchen sie ihre Opfer dann unter verschiedenen Vorwänden dazu zu bringen, Geld- und Wertgegenstände im Haus oder auf der Bank an einen Unbekannten zu

übergeben, der sich ebenfalls als Polizist ausgibt. Dabei nutzen die Täter eine spezielle Technik, die bei einem Anruf auf der Telefonanzeige der Angerufenen die Polizei-Notrufnummer 110 oder eine andere örtliche Telefonnummer erscheinen lässt. An der Haustür schrecken sie auch nicht davor zurück, gefälschte Polizeidienstausweise vorzuzeigen, um sich Zutritt in die vier Wände ihrer Opfer zu verschaffen.

Damit Sie sicher vor diesen Betrügern leben können, empfiehlt die Polizei:

- Lassen Sie grundsätzlich keine Unbekannten in Ihre Wohnung.
- Fordern Sie von angeblichen Amtspersonen, zum Beispiel Polizisten, den Dienstausweis.
- Rufen Sie beim geringsten Zweifel bei der Behörde an, von der die angebliche Amtsperson kommt. Suchen Sie die Telefonnummer der Behörde selbst heraus oder lassen Sie sich diese durch

**Projekt Seniorensicherheits-
berater wird finanziert durch:**

PROVINZIAL



**Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern**

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

- die Telefonauskunft geben. Wichtig: Lassen Sie den Besucher währenddessen vor der abgesperrten Tür warten.
- Die Polizei wird Sie niemals um Geldbeträge bitten.
 - Geben Sie am Telefon keine Details zu Ihren finanziellen Verhältnissen preis.
 - Lassen Sie sich am Telefon nicht unter Druck setzen. Legen Sie einfach auf.
 - Übergeben Sie niemals Geld an unbekannte Personen.

Eine weitere oft genutzte Masche ist der sogenannte „Enkeltrick“. Auch hier sind die möglichen Folgen für die Opfer oft existentiell. Sie können sehr hohe Geldbeträge verlieren oder sogar um Ihre unterhaltssichernden Erspar-

nisse gebracht werden. Mit den Worten „Rate mal, wer hier spricht“ oder ähnlichen Formulierungen rufen Betrüger bei meist älteren und allein lebenden Personen an, geben sich als Verwandte, Enkel oder auch gute Bekannte aus und bitten kurzfristig um Bargeld. Als Grund wird ein finanzieller Engpass oder eine Notlage vorgeschützt, beispielsweise ein Unfall, ein Auto- oder Computerkauf. Die Lage wird immer äußerst dringlich dargestellt. Oft werden die Betroffenen durch wiederholte Anrufe unter Druck gesetzt. Sobald das Opfer zahlen will, wird ein Bote angekündigt, der das Geld abholt. Hat der Betroffene die geforderte Summe nicht parat, solle er

unverzüglich zur Bank zu gehen und dort den Betrag abheben. Hintergrund dieser speziellen Informationen für lebensältere Menschen ist auch, dass die Angst von Seniorinnen und Senioren vor krimineller Bedrohung in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist. Viele Studien belegen dies. Die Tatsache, dass ältere Menschen im Vergleich zu anderen Altersgruppen deutlich weniger häufig Opfer von Straftaten werden, beruhigt sie nur wenig. Ihre subjektive Wahrnehmung schränkt ihr Sicherheitsgefühl ein und wirkt sich so auch auf ihre Lebensqualität aus. Weitere Infos zu verschiedenen Themen und Medien: www.polizei.mvnet.de und www.polizei-beratung.de ■

Gutgläubigkeit ist ein Problem

Senioren-sicherheitsberater Bernd Fritsch berichtet in einem Interview über seine Erfahrungen

Die Sicherung des Eigenheims, die Versorgung des leiblichen Wohls, Betrügereien – es gibt Vieles, wovor sich besonders ältere Menschen fürchten. Seit Januar 2014 sind pensionierte Polizeibeamte im Auftrag des Kriminalpräventionsrats des Landkreises Ludwigslust-Parchim in Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat und der Landespolizei unterwegs, um sich ehrenamtlich um diese Problematik zu kümmern. Senioren-sicherheitsberater Bernd Fritsch, seit Beginn dabei, erläutert in einem Interview mit der Volontärin Jacqueline Worch von der Schweriner Volkszeitung seinen Aufgabenbereich.

Was sind die Aufgaben eines Senioren-sicherheitsberaters?

Wir versuchen, Senioren quasi auf Augenhöhe von Senior zu Senior Informationen und Tipps zu vermitteln, wie sie verhindern können, Opfer von spezifischen Straftaten, wie Trickbetrug oder Haustürgeschäfte, zu werden. Unser Hauptziel ist es, den Blick der Menschen zu schärfen und sie für dieses Thema zu sensibilisieren.



Senioren-sicherheitsberater Bernd Fritsch

Foto: SVZ

In welchen Formen beraten Sie?

Ich werde, wenn möglich und wenn auch die Organisatoren das wünschen, von den Harmonika-Freunden bei solchen Veranstaltungen unterstützt. Diese Veranstaltungen gehen in der Regel zwei Stunden, und die Harmonika-Freunde beginnen dann mit etwas Musik. Dann starte ich meinen Vortrag, und dann wechseln wir uns ab, so dass es auch eine bunte Mischung ist. Das hat den Vorteil, dass

sich das, was die Senioren von mir hören, setzen kann und sie die Informationen erst einmal verarbeiten können, bevor es weitergeht. Ich mache die Präsentationen außerdem ohne Technik, weil sich das für mich in den letzten Jahren am besten geeignet hat.

Wie reagieren Senioren auf Ihre Tipps und Veranstaltungen?

Mit sehr großem Interesse. Es ist oft so, dass sich ein Rede-Antwort-Spiel entwickelt. Ich bin sehr dankbar dafür, wenn sich die Senioren öffnen und auch von eigenen Erfahrungen berichten. Solche Beispielfälle kann man anschließend gemeinsam erörtern und schauen: Wo sind die Fallstricke und was könnte man besser machen?

Was ist das Schwierigste, das Sie Ihren Zuhörern vermitteln müssen?

Das Schwierigste ist die Tatsache, dass es Straftaten gibt. Auch wenn die Kriminalitätsrate des Landes in den vergangenen Jahren gesunken und die Aufklärungsquote glücklicherweise gestie-

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

gen ist, sind Senioren von Verbrechen betroffen. Ich stelle immer wieder fest, dass Senioren im Allgemeinen sehr interessiert sind und sich auch in den Medien informieren. Aber zwischen dem Kennen solcher Sachverhalte durch die Medien und der Umsetzung, wenn sie selbst mit solchen Sachen konfrontiert werden – dies muss man versuchen.

Glauben Sie, dass das Projekt davon profitiert, dass es von pensionierten Polizeibeamten durchgeführt wird, und nicht von jüngeren, die noch im Dienst sind?

Ich finde die Herangehensweise ideal. Ich weiß, was wir in den vergangenen Jahren unternommen haben, um Straftaten in den verschiedensten Zielgruppen zu minimieren. Und ich weiß auch,

was wir getan haben, um Senioren in diesem Bereich aufzuklären. Und die Akzeptanz gegenüber jungen oder jüngeren Polizeibeamten ist nicht so groß, als wenn jetzt doch so ein lebensälterer Pensionär auftritt. Ich glaube, da ist das Vertrauen größer. Das liegt nicht daran, dass die Kompetenz bei jüngeren Kollegen nicht auch gegeben wäre, aber allein das Alter macht etwas aus.

Was sind die größten Probleme, die Sie mit Blick auf die Sicherheit bei Senioren feststellen können?

Die Gutgläubigkeit. Der „Otto Normalverbraucher“ ist bei solchen Anrufen wie Enkeltrick oder Gewinnspielversprechen skeptisch, doch vielen Senioren fehlt in dieser Hinsicht das Bauchgefühl. Sie lassen sich oft auf solche Spielchen ein.

Wie lautet Ihre „Nummer 1“ bei den Sicherheitstipps für Senioren?

„Nein“ zu sagen. Wirklich konsequent Nein zu sagen. So sehr einem das vielleicht auch widerstrebt, weil man vermutet, unhöflich zu sein – aber es hilft wirklich! Man sollte sich auch nicht lange von irgendwem an der Tür einwickeln lassen. Oder: Sobald ein dubioser Anruf kommt – einfach auflegen. Denn dann merkt derjenige auf der anderen Seite, dass man sich nicht veralbern lässt. Und auch wenn ein vermeintlicher Polizeibeamter vor der Tür steht und Ihnen seinen Dienstaussweis zeigt. Auch dieser kann gefälscht sein. Bitten Sie ihn zu warten, schließen Sie die Tür, rufen Sie die entsprechende Dienststelle oder Polizei an und lassen Sie sich bestätigen, dass der Beamte vor Ihrer Tür echt ist.

Quelle: <https://www.svz.de>

„Impfschachteln“ mit Tipps

In den vergangenen zwei Jahren sind zum Thema Demenzprävention wegweisende Studienergebnisse veröffentlicht worden. Sie gehen davon aus, dass sich durch eine Veränderung der individuellen Lebensweisen und -risiken Demenzerkrankungen vermeiden lassen. Im Verbund mit europäischen Partnern in Belgien, den Niederlanden, Norwegen und Luxemburg hat das

Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) die Ergebnisse aufbereitet und auf einer gemeinsamen Internetseite zusammengefasst. An öffentlichen Orten in Europa werden „Impfstoffschachteln“ verteilt, die kein Medikament enthalten, dafür aber zehn einfache Tipps zur persönlichen Demenzprävention. <https://kda.de/laufende-projekte/sanimemorix> ■

Auch die Chorszene altert

Die Gesellschaft wird immer älter – das spiegelt sich auch in der Chorszene wider. Viele Chöre altern mit ihren Sängerinnen und Sängern, die ihrerseits gern ein Leben lang im Chor singen möchten. Kai Koch, Professor für Musikpädagogik in der sozialen Arbeit in München, hat ein Se-

niorenchorbuch herausgegeben, in dem er Auskunft gibt, welche Herausforderungen das für alle Beteiligten bedeutet, wie zukunftsfähige Konzepte auch für die Chorleiterausbildung entwickelt werden können und wie dieser Prozess wissenschaftlich begleitet werden kann. ■

Ein außergewöhnlicher Schlager-Mix

Ein musikalisches Teilhabe-Projekt kommt von Demenz Support Stuttgart. Zusammen mit dem Komponisten Christian Bruhn wurde eine Musik-CD produziert mit Liedtexten, die auf Erzählungen älterer Menschen mit Beein-

trächtigung (z. B. Demenz) basieren und von deren Lebens Einstellungen, Träumen und Erlebnissen handeln. Entstanden ist eine humorvolle, pfeffrige und melancholische Mischung. ■

Franz Müntefering wieder Vorsitzender

Franz Müntefering steht für weitere drei Jahre an der Spitze der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen. Die Mitgliederversammlung der BAGSO wählte ihn mit überwältigender Mehrheit wieder. Der ehemalige SPD-Vorsitzende und Bundesarbeitsminister steht der BAGSO seit 2015 vor. „Interessenvertretung ist Teil lebendiger Demokratie. Sie muss auch den vielfältigen



Wandel der Zeit aufnehmen. Das tut die BAGSO für die Älteren“, sagte Müntefering nach der Wahl. „Die BAGSO steht entschieden zu den Werten unserer Demokratie, zur Selbstbestimmung des Einzelnen und zur solidarischen Mitverantwortung. Dafür will ich mich als Vorsitzender in den kommenden Jahren weiter einsetzen.“ Neben Franz Müntefering, der vom Deutschen

Olympischen Sportbund vorgeschlagen wurde, wählten die Delegierten Dr. Regina Görner zur Stellvertretenden Vorsitzenden. Die ehemalige saarländische Sozialministerin wurde von der IG Metall vorgeschlagen und gehört dem Vorstand ebenfalls seit 2015 an. Zur Ehrenvorsitzenden der BAGSO war bereits am Vortag Prof. Dr. Ursula Lehr ernannt worden. Die 88-jährige Gerontologin und ehemalige Bundesfamilienministerin war von 2009 bis 2015 Vorsitzende. ■

45 „Leuchtturmprojekte“ – auch MV dabei

Seit Anfang September fördert die BAGSO-Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ für ein Jahr 45 „Leuchtturmprojekte“ als Beispiele guter Praxis. Etwa die Hälfte davon unterstützt Seniorinnen und Senioren bei der Nutzung digitaler Medien, die anderen Angebote richten sich an ältere Migrantinnen und Migranten sowie an

ältere Menschen mit wenig Bildungserfahrung. Die Projekte erhalten einen Zuschuss von bis zu 5.000 Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Mehr als 150 Bewerbungen waren eingegangen. Auch Mecklenburg-Vorpommern ist vertreten. Humanitas Müritz e. V. initiierte das Projekt „Schloener Online Fuchse“ in

Schloen-Dratow bei Waren. Das Mehrgenerationenhaus Torgelow in der Trägerschaft der Volkssolidarität Uecker-Randow bietet Hilfe für Ältere beim Umgang mit Computer, Tablet und Smartphone an. Das Onlineportal wissensdurstig.de stellt alle Projekte vor und vermittelt weitere Informationen rund um Bildung und neue Medien im Alter. ■

Keine Gewalt in der häuslichen Pflege!

Die BAGSO fordert einen offenen Umgang mit Gewalt in der Pflege zu Hause. Bislang findet in Deutschland keine öffentliche Diskussion hierüber statt. Doch Gewalt in Pflegesituationen existiert ebenso, wie es Gewalt und Missbrauch von Kindern in Familien gibt. Langjährige Konflikte in der Familie können genauso ursächlich sein wie kurzfristige Überforderungssituatio-

nen. Über den gesamten Themenkomplex diskutierten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis auf Einladung der BAGSO kürzlich in Berlin. Frühzeitige flächendeckende Beratung sollte aus Sicht der Teilnehmenden in der Verantwortung der Kommunen liegen und auch Menschen mit beginnendem Hilfebedarf umfassen. Wie das Beispiel der Niederlande zeigt, haben

Betroffene dann bereits einen festen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin, wenn der Hilfebedarf größer oder pflegerische Unterstützung notwendig wird. Solche präventiven Hausbesuche hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart. Sie müssen zügig und auf Bundesebene umgesetzt werden. ■

Museen, Bauernhöfe und Hausärzte kamen dazu

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die neue Netzwerkstelle „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ vorgestellt. Bei der BAGSO angesiedelt, ist sie die neue Ansprechpartnerin für bundesweit mehrere hundert lokale Projekte

und schließt an das Bundesmodellprogramm gleichen Namens an, in dem von 2012 bis 2018 insgesamt 500 lokale Hilfenetzwerke für jeweils zwei Jahre durch das Bundesfamilienministerium gefördert wurden. Initiativen, Kommunen, Einrichtungen, Dienstleister

und Vereine haben sich zusammengesetzt, um Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen das Leben leichter zu machen. Bestehende Angebote vor Ort wurden gebündelt und neue geschaffen. Museen, Bauernhöfe und Hausärzte sind dazugekommen. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Arbeitstreffen in der Partnerstadt Goleniow

Auf Einladung des Seniorenrats der polnischen Stadt Goleniow weilten Vertreter des Seniorenbeirats der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Anfang Oktober zu einem Erfahrungsaustausch in der Partnerstadt. Es kam zu einem regen Gedankenaustausch über die Arbeit mit und für Seniorinnen und Senioren in beiden Städten. Die Aktivitäten in Seniorengruppen und Vereinen sowie deren Vernetzung standen im Mittelpunkt. Diskutiert wurden u. a. die Situation der Rad- und Fußwege, Probleme in der Pflege und Betreuung, die Gewinnung jüngerer Seniorinnen und Senioren zur Mitarbeit im Ehrenamt sowie die Organisation und Durchführung vereinsübergreifender Veranstaltungen. Erleichternd dafür ist in Goleniow das



Goleniower und Greifswalder Senioren gemeinsam mit Jozef Kazaniecky (rechts), dem Verantwortlichen für internationale Beziehungen in Goleniow

neue Seniorenhaus, in dem viele Vereine unter einem Dach agieren können. Interessant war für uns, dass in der Partnerstadt die Ehrenamtskarte selbstverständlich ist. Auch die Bereitstellung einer Notfallmappe findet in Goleniow großen Anklang.

Während einer Stadtführung waren wir über die vielen kombinierten Sport- und Spielplätze für Kinder und Senioren und das große Industriegebiet beeindruckt. Beim Rundgang durch die Stadtbibliothek machten wir das Angebot, die deutschsprachige Abteilung zu ergänzen. Von beiden Seiten wurde nach diesem Arbeitstreffen der Wunsch geäußert, die Kontakte zu erhalten und weiter auszubauen.

Seniorenbeirat Greifswald

Pflegekurs „Kompetenz mit Herz“

Nach über zehn Monaten trafen sich im Mehrgenerationenhaus Torgelow die Teilnehmerinnen des diesjährigen „Kurses für pflegende Angehörige“ zur gemeinsamen Abschlussveranstaltung. Hannes Peter, Koordinator für Pflege des Volkssolidarität Uecker-Randow e. V. Torgelow, überreichte die Zertifikate und übermittelte die Grüße der Geschäftsführung. Von den Kursleiterinnen Regina Levenhagen und Ellen Hildebrandt gab es Blumen und eine liebevoll gestaltete Kursdokumentation, in der sich auch weitere Kontakte und Hilfsangebote finden. Mit den kostenfreien Kursen bieten die Volkssolidarität und das Mehrgenerationenhaus Rat und Unterstützung an.

Ziel der Kurse ist, Krankheit gemeinsam zu bewältigen und Informationen zu altersbedingten und Demenzerkrankungen zu vermitteln, Reduzierung von Belastungssituationen anzustreben, Verbesserung der Pflege- und Betreuungsqualität zum Wohle des Erkrankten zu erreichen sowie eine Beratung, Unterstützung und Ent-



Neu, interessant und wissenswert waren die Themen im mehrmonatigen Kurs für pflegende Angehörige im Mehrgenerationenhaus Torgelow. Fotos: Mehrgenerationenhaus Torgelow

lastung der pflegenden Angehörigen zu ermöglichen. Für die meisten Kursteilnehmer waren es neue, interessante und wissenswerte Themen, die sie nun in der Pflege und Betreuung ihrer kranken Angehörigen einbringen können. Sie fanden im Kurs andere pflegende, die sich in ähnlichen Situationen befanden, und konnten so miteinander über ihre Sorgen und Ängste reden. Dieser Erfahrungsaustausch in der Gruppe erwies sich als besonders wertvoll. Den immer wieder gegebenen Hinweis: „Nur wer sich selbst pflegt, kann auch andere pflegen“ wollen sich alle zu Herzen nehmen und die Ange-



bote annehmen.

Unser Dank geht an die Referenten und Vortragenden, die Geschäftsführung des Volkssolidarität Uecker-Randow, das Team der Tagespflege Torgelow um Schwester Annett Werth und an die Leiterin der Greifen-Apotheke Torgelow, Angelika Hirsch, die uns mit einer Spende unterstützte. Ein neuer Kurs beginnt am Mittwoch, 23. Januar 2019, um 16 Uhr im Mehrgenerationenhaus Torgelow, Blumenthaler Straße 18. Ansprechpartnerin ist Regina Levenhagen, Tel.: 03976 – 255242 Mehrgenerationenhaus Torgelow, E-Mail: fwz-uer@volkssolidaritaet.de ■

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Altenparlament und Seniorentag im Rückblick

In der vierten diesjährigen Sitzung des Seniorenbeirats Neubrandenburg ging es um die Auswertung des 12. Deutschen Seniorentages in Dortmund und um das 10. Altenparlament M-V in Schwerin. Über beide Themen berichtete Vorsitzender Peter Lundershausen. Als Neubran-

denburger Delegierter hatte bereits an mehreren Seniorentagen Günter Schult teilgenommen. Er konnte die mit der Kontinuität einhergehende Qualitätssteigerung der bundesweiten Veranstaltung verfolgen. Beindruckt war er diesmal von einem Vortrag von Prof. Butterwegge zum

Thema Altersarmut. Auch in Schwerin war das ehemalige Mitglied des Landesseniorenbeirats bei allen zehn Altenparlamenten dabei.

In seinem Info-Blatt teilte der Beiratsvorstand seine neue Büro-Anschrift in der Vier-Tore-Stadt mit: An der Hochstraße 1, Haus B, Zimmer 1.02. ■

Wichtige Informationen für Ersthelfer

Der Seniorenrat Neustrelitz hat ein Notfallblatt erarbeitet, das nicht nur alten Menschen helfen soll, in besonderen Situationen wesentliche Daten als Information für Ärzte, Ersthelfer oder Verwandte bereitzuhalten, sondern das im Notfall Hinweise für zielgerichtete Maßnahmen geben kann. „In Extremsituationen kann es passieren, dass uns wichtige Daten entfallen oder wir aufgrund unseres Zustands nicht mehr in der Lage sind, konkrete Angaben zu Unverträglichkeiten, zu Medikamenten oder zu uns selbst zu machen. Dann ist ein Notfallpass zum Beispiel für Rettungskräfte, Ärzte, die Notfallambulanz oder Angehörige eine große Hilfe“, sagte dazu Marianne Müller vom Seniorenrat. Und Gottfried

Collatz, der Leiter des Pflegeheims „Kurt Winkelmann“, der ebenfalls im Seniorenrat mitarbeitet, ergänzte: „Das Notfallblatt kann Helfern auch die Sorge nehmen, dass sie in einer Notsituation etwas falsch machen.“

Den Inhalt des Notfallblattes stimmte der Seniorenrat mit der Rettungsleitstelle des Landkreises, mit Rettungs- und Hausärzten und anderen kompetenten Personen ab. Neben der eigenen Anschrift und einer Adresse von nahen Angehörigen kann man auch Angaben zum Hausarzt, zu Medikamenten und Unverträglichkeiten vermerken. Wichtig sind im Notfall außerdem die Angaben über Diabetes, Herzschrittmacher, Transplantate, Dialyse oder Anfallsleiden. Das Blatt fin-

det in einer Klarsichthülle der Größe A 7 Platz. Man sollte es zusammen mit dem Ausweis und der Gesundheitskarte bei sich tragen und es immer aktuell halten, empfiehlt der Seniorenrat.

„Das ist eine freiwillige Initiative, die jeder zum eigenen Schutz wahrnehmen sollte, weil sie Leben retten kann“, hob Bürgermeister Andreas Grund bei der Vorstellung des Blattes im Rathaus hervor. Die ersten 1000 Notfallblätter werden über den Seniorenclub Strelitz-Alt, die Volkssolidarität, das Familienzentrum und das Mehrgenerationenhaus in der Stadt verteilt. Dort gibt es, wenn nötig, auch Hilfe beim Ausfüllen. Auch im Bürgerbüro im Rathaus wird es ausgegeben.

Petra Ludewig

HANSESTADT ROSTOCK

Informationstag im Freizeitzentrum

Mitte August war es wieder so weit: Der bereits vierte „Informationstag für Senioren und ihre Angehörigen“ mit Unterstützung u. a. vom Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock, in persona durch Kristin Schünemann, im Rostocker Freizeitzentrum (RFZ) stand vor der Tür. Die Liste der Akteure füllte sich noch bis zum Schluss, und es gab randvoll gefüllte Stände mit Informationen von gestern und heute. Unser Ziel war es, das Rad der Geschichte rund um all die zu bege-



Cornelia Müller und Kristin Schünemann (rechts)

henden Jubiläen in Bewegung zu setzen. Neben dem 800. Geburtstag der Hansestadt Rostock kann auch das RFZ in Reutershagen auf 25 Jahre Bestehen zurückblicken.

Neben unseren liebgewonnenen „Wiederholungstätern“, wie der Volkssolidarität und Peter Glück mit dem Hausnotruf, der Firma Reha-Technik Möller, Wohnen für Hilfe mit Frau Beuch und der Selbsthilfekontakt-

Fortsetzung auf Seite 34



Reger Austausch und großes Interesse auf dem Informationstag



Foto: Cornelia Müller, RFZ

Fortsetzung von Seite 33

stelle, sorgten neue Teilnehmer für „frischen Wind“. Die Roboter-Technik hält nun ebenfalls Einzug in den Informationstag. Uwe Georgi von der Firma Central-Alarm stellte seinen „besten“ Mitarbeiter, „SMARTY“, vor – einen Roboter, der sprechen kann. Zwar soll er Menschen und das persönliche Gespräch in Zukunft nicht verdrängen, aber er kann es mit seinem Dasein bereichern.

Die Verbraucherzentrale war diesmal gleich mit zwei Ständen vertreten. Neben der Ernährung ging es ihr auch um den Stand unserer Stromversorger bzw. Stromfresser. Unterstützt wurden die Mitarbeiter dabei am Tisch nebenan von Herrn Päsler vom Aus- und Fortbildungswerk, der die Möglichkeit zum kostenlosen Stromcheck für die Menschen anbieten kann, die kein oder nur ein kleines Einkommen haben. Fortbildung war übrigens das richtige Stichwort – auch hier konnte man auf seine Kosten kommen, denn Frau Wolf von der Rostocker Seniorenakademie informierte über die Möglichkeiten des Bildungsprogramms für wissenshungrige Senioren. Die Deutsche Alzheimer-Gesellschaft stellte sich allen Fragen rund um Demenz und die Pflege von betroffenen Angehörigen. Gesundheitliche Hilfe und Ratschläge rund um die Uhr – diese Informationen waren kostenlos und

schmerzfrei bei der Ostseepothke zu bekommen. Ebenfalls die neuesten Informationen gab es aus der „neuen“ Kirchgemeinde Luther-St.-Andreas („Wie kann Kirche für mich da sein?“).

Aktivität sollte in jedem Alter groß geschrieben werden, umso mehr im „Unruhestand“, und deshalb war erstmals das Projekt des „Seniorentreffgartens“ vertreten. Ein eigener Garten kann einem mit seinem steten Unkraut schon einmal über den Kopf wachsen, und genau hier setzt das Projekt des „Seniorentreffgartens“ an: Gleichgesinnte finden sich und bewirtschaften einen Garten gemeinsam. Dabei verbindet nicht nur die Gartenarbeit, sondern auch das gemütliche Beisammensein und sich Kennenlernen ist absolut gewollt. Wer sich jedoch noch fit fühlt für einen „ganzen Garten“, der konnte sich Tipps aus erster Hand beim Verband der Gartenfreunde holen.

Aktivität gleich Mobilität – da ist die Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) nicht weit. Herr Reitz informierte über Altes und Neues und wie wir alle mobil bleiben, zum Beispiel mit dem angebotenen Rollator-Training. Ganz spontan Akteur des Tages war neben Frau Pflötscher mit dem Hula-Hoop-Reifen auch Frau Meyer. „Wir haben den Termin Ihrer Veranstaltung aus der Presse erfahren und uns dann einfach gedacht: Wir kommen mal vorbei“, meinte sie und packte

mit ihrer Kollegin die Flyer und ihr Roll up aus.

Wer sorgte für die gute Stimmung nebenbei? Natürlich die gut portionierten kulturellen Leckerbissen! Quasi als Auftakt sorgte Prof. Willi Knappe mit seinem Aufruf zum „Dynamischen Stehen“ für ein gutes Beingefühl gleichermaßen bei Akteuren und Besuchern. Es blieb auch weiter sportlich, denn Frau Rempel schwang mit ihren Kollegen den Schläger mit dem „Taiji Bailong Ball“. Und dann betraten die Trommler vom Integrativen Treff unter der Leitung von Frau Köpsel die Bühne. Alle klatschen spontan mit, und die gute Laune traf auch auf den letzten Betrachter bzw. Besucher der Veranstaltung. Die Zahl der Besucher erreichte schätzungsweise die Zahl 110.

Die Organisatoren zum Schluss: das Rostocker Freizentrum sowie die Projektgruppe des „Netzwerks gute Nachbarschaft“. Die Besucher konnten sich über die Veranstaltungen im Haus, die Möglichkeiten, die ein Ehrenamt aufzeigt, und alle Fragen rund um das „Smartphone & mehr“ informieren. Am Ende blieb nicht einmal mehr ein Krümel vom selbstgebackenen Hefekuchen der ehrenamtlichen Helferinnen übrig, auch die Kaffeekannen waren bis auf den letzten Tropfen geleert. Das spricht für eine gelungene Veranstaltung – dank aller, die dazu beigetragen haben.

Cornelia Müller, RFZ

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Auch im Alter in Schwung bleiben

„Auch im Alter in Schwung bleiben“ – unter diesem Motto luden die Mitglieder der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Altenarbeit“ ins Schlosspark-Center zum 8. Schweriner Seniorentag ein. Jung und Alt wurden informiert, wie jeder bis ins hohe Alter durch Hobbys, vielseitige Freizeitaktivitäten, Bewegung und Spaß aktiv und jung bleiben könne.

Der Seniorentag brachte für die Besucher einen Mix aus Informationen, Aktionen, Gesprächen und Mit-Mach-Angeboten. Auf der Treffpunktbühne lud ein vielseitiges Programm mit Singen, Bewegen und Tanzen zum Mitmachen und Verweilen ein. Zu jeder vollen Stunde ab 11 Uhr fanden als Höhepunkt Interviews mit Schweriner Persönlichkeiten zum Thema „Alt, da geht noch was?“ statt. Nachgefragt wurde beim stellvertretenden Oberbürgermeister und Dezernenten Andreas Ruhl, beim Geschäftsführer des Nahverkehrs, beim Stadtpräsidenten und bei einer Radio-Moderatorin, beim Vorsitzenden des Seniorenbeirats und bei einer Puppenspielerin, was „Alter und alt sein“ bedeute.

Um 13.30 Uhr gab es eine Modenschau mit den Models aus dem Seniorenbüro und mit aktueller Herbstmode aus den Shops des Centers. An 20 Ständen zeigten Seniorinnen und Senioren, unter ihnen Hobbykünstler,



Viel Abwechslung beim 8. Seniorentag im Schweriner Schloßpark-Center

-bastler, -fotografen sowie Kreative, in einer ganztägigen Ausstellung, wie sie die gewonnene Zeit im Ruhestand für ein Hobby nutzen, und freuten sich über interessante Gespräche mit den Besuchern. Ein weiterer Höhepunkt war „Schwerin tanzt“. Auf allen Ebenen durfte mitgetanzt werden.

Wer Antworten auf die Fragen suchte: Was leisten die Senioren-Organisationen in Schwerin? Welche Angebote gibt es, um aktiv zu bleiben? Wo können sich ältere Menschen ehrenamtlich engagieren? Wer vertritt ihre Interessen? Wie kann ich als Älterer selbst mitbestimmen und mitentscheiden?,

dem gaben Vertreter u. a. des Vereins „Hand in Hand“ der SWG, der Vitanas Senioren-Centren, des Sozialverbands VdK, des Mehrgenerationenhauses Krebsförden, des Zentrums Demenz und des Seniorenbüros Schwerin umfassende Informationen. Dort konnte auch selbst getestet werden, wie es sich anfühlt, „alt zu sein“, zum Beispiel beim Anprobieren eines Alterssimulationsanzugs oder bei der Bewältigung des Demenzparcours.

Bei der Eröffnung hatte Siegfried Schwinn, Vorsitzender des Seniorenbeirats, betont: „Mit dem in Vorbereitung befindlichen seniorenpolitischen Gesamtkonzept geht ein lang gehegter Wunsch der Seniorinnen und Senioren endlich in Erfüllung.“ (Siehe auch vorigen Seniorenkurier). In Schwerin sei immerhin jeder dritte Einwohner älter als 60 Jahre. Dezernent Ruhl versprach, innerhalb des kommenden Jahres werde für den Senioren- und den Behindertenbeirat die Stelle eines Beauftragten geschaffen, der sich speziell um die Belange der Älteren kümmern werde. Christine Dechau, Leiterin der Arbeitsgemeinschaft „Altenarbeit“, unterstrich: „Wer sich engagiert, bleibt jung.“ Ihr sei ausdrücklich für die Organisation gedankt – die Veranstaltung war ein voller Erfolg!

*Walter Heinrich
Mitglied des Seniorenbeirats*

Minister zu Gast im Seniorenbüro

Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des Seniorenbüros Schwerin begrüßten unlängst Sozialministerin Stefanie Drese sowie den Minister für Familie, Gesundheit und Soziales der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Antonios Antoniadis, zu einer gemeinsamen Gesprächsrunde. Geschäftsführerin Christine Dechau stellte die vielfältigen Aufgaben, Projekte und Initiativen des Büros in der Landeshauptstadt vor.

Schon seit 1994 führt das Seniorenbüro Schwerin aktive und engagierte ältere Menschen an freiwillige Tätigkeiten heran, in denen sie ihre Lebenserfahrungen und Kenntnisse für andere einsetzen können. Spaß und Freizeitangebote kommen dabei nicht zu kurz, aber es werden auch Tätigkeitsfelder gefordert, die eine Chance bieten, die eigene Persönlichkeit und Erlebniswelt zu entwickeln sowie aktiv und verantwortungs-

voll am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Unter dem Motto „Alt – na und?“ erhalten Menschen ab 50 Jahren Möglichkeiten der Mitgestaltung und Partizipation in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern. Die Älteren im Seniorenbüro Schwerin organisieren sich selbstständig und setzen ihre eigenen Wünsche und Vorstellungen in Aktivitäten

Fortsetzung auf Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

um. Das kann alles sein: von Freizeitaktivitäten bis zur Übernahme von Aufgaben im bürgerschaftlichen Engagement. Inzwischen engagieren sich im Seniorenbüro Schwerin rund 250 Freiwillige in den unterschiedlichsten Bereichen. So berichteten zehn ehrenamtliche Kurs- und Projektleiter sowie seniorTrainer aus ihrem eigenen Engagement und Projektalltag und teilten der Sozialministerin auch ihre Sorgen und Nöte in Bezug auf verlässliche Rahmenbedingungen mit. Alle betonten, dass sich jeder aber auch ein Ehrenamt leisten können müsse. Wichtig wäre deshalb für alle Ehrenamtlichen zumindest eine Auslagererstattung von Fahr-, Material- und Sachkosten.

Helga Bomplitz, Vorsitzende des Trägervereins, machte deutlich, dass das Land in der Verantwortung sei, sich für eine Engagementstrategie einzusetzen, bei der praxistaugliche Maßnahmen und Lösungen gefunden werden müssen. So sollten die seit Jahren geforderten Engagementstrukturen und engagamentfördernden Einrichtungen des Landes



Sozialministerin Drese (vorn 2.v.r.) und der belgische Minister Antoniadis (vorn 1.v.r.) im Schweriner Seniorenbüro

Foto: Seniorenbüro Schwerin

dauerhaft mit Personal- und Sachkosten gefördert werden, die Förderbescheide rechtzeitig in der Praxis ankommen und das Zuwendungsrecht auf den Prüfstand gestellt werden. Auch die Qualifizierung und Befähigung von Älteren für das Engagement sei als eine Form der Anerkennung eine wichtige Aufgabe. Hingewiesen wurde außerdem auf die Forderung nach einer zeitgemäßen Seniorenpolitik in Land und Kommunen, die dem positiven Altersbild entspreche und mit den Senioren gemeinsam vor Ort Ideen zur Gestaltung eines seniorengerechten

Lebensumfeldes entwickle. Dazu gehörten in erster Linie hauptamtliche Ansprechpartner in Verwaltung und Politik auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene für alle Themen.

Ministerin Drese hörte den kritischen Stimmen aufmerksam zu und stimmte den Mitarbeitern in vielen Punkten zu. Der belgische Minister Antoniadis zeigte sich beeindruckt von derart viel Seniorenpower und Engagement und schlussfolgerte, dass die Probleme und Forderungen der Ehrenamtlichen aus beiden Ländern sehr ähnlich wären. ■

Gesamtkonzept wird endlich erarbeitet

Auf Drängen des Seniorenbeirats trafen sich Mitte Oktober Mitglieder des Beirats und der Stadtverwaltung zur Erarbeitung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes. Dazu sollen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen gebildet werden. Die Stadtverwaltung lässt prüfen, ob die entstehenden Kosten vom Land bezahlt werden. Wenn das geklärt ist, wird entschieden, ob in den Doppelhaushalt 2020/2021 Mittel eingestellt werden. Genutzt werden sollen auch die Erfahrungen aus der Arbeit zur Behindertenrechts-



Die Arbeitsgruppe bei der Arbeit

konvention der UN. Erneut soll eine Wunschbox eingerichtet werden, um die Meinungen und Erwartungen

der Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt in die Arbeit mit einzubeziehen. Die Erstellung des Konzeptes wird etwa ein Jahr dauern. Der Gesamtprozess soll von der von der neu geschaffenen Stelle eines Behindertenbeauftragten der Stadtverwaltung gesteuert werden. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass die Umsetzung der Handlungsempfehlungen und deren regelmäßige Überprüfung am wichtigsten seien. Das Konzept trägt den Arbeitstitel: „Lebenslang aktiv bleiben“.

wh

**Wer die Wahrheit nicht kennt, ist nur ein Dummkopf;
wer sie aber kennt und eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher**

Galileo Galilei (1564-1642), ital. Physiker und Astronom

Wege zu den Betagten suchen und finden

Vor fünf Jahren rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den 10. September zum Welt-Suizid-Präventionstag aus, der seitdem auch in Schwerin breite Resonanz findet. Eine Initiativgruppe des Fachdienstes Gesundheit innerhalb der Stadtverwaltung stellte, gemeinsam mit weiteren Organisationen und freien Trägern, diesmal das Thema „Suizidalität im Alter“ in den Mittelpunkt. Dazu gab es verschiedene Aktionen im Umfeld des Gedenktags: Informationsstände am Marienplatz, auf dem Dreescher Markt und auf dem Platz der Freiheit gehörten dazu, die Wanderausstellung „Was

heißt schon alt?“ im Foyer der AOK am Grünen Tal, ein SVZ-Lesertelefon und in den Mega Movies am Bleicherufer die Aufführung des 2013 entstandenen Kinostreifens von Kilian Riedhof „Sein letztes Rennen“ mit dem 81-jährigen Charakterschauspieler Dieter Hallervorden; der „unter die Haut gehende“ Spielfilm wirkte tief in die anschließende Podiumsdiskussion hinein. Im Gedenken an die 41 Frauen und 159 Männer, die sich 2016 in unserem Bundesland das Leben genommen hatten, stellten am Abend zahlreiche Schweriner eine Kerze ins Fenster ihrer Wohnung.

Etwas nicht mehr zu können oder zu wollen, sei kein Scheitern, hieß es in einer Information, auch im Alter gehörten Krisen zum Leben, und Hilfe sei möglich. In Deutschland sterben jährlich etwa 10 000 Menschen durch Suizid, wobei ein starker Anstieg ab dem achten Lebensjahrzehnt besonders bei Männern auffällig ist. Professionelle Hilfe wird leider nur zögerlich angenommen, weshalb es vordringlich sein muss, Wege zu finden, um ältere Menschen in seelischen Notlagen möglichst frühzeitig zu erreichen, Vertrauen zu schaffen und sie in ihrem Lebensumfeld zu unterstützen. *ric*

Fast 30 Jahre ökumenische Telefonseelsorge

Seit 30 Jahren ist in Schwerin die anonyme Telefonseelsorge im Gespräch. Erste Überlegungen zur Gründung gab es seit 1988 – noch zu DDR-Zeiten. Zur Gründung kam es jedoch erst 1991. Damals fand im November ein erster Ausbildungskurs mit 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Hamburg und Lübeck statt, und für zunächst vier Stunden ging die ökumenische Telefonseelsorge Schwerin (evangelisch und katholisch) ans Netz. 1996 begann auch ein Nachtdienst, und 1999 war die seit Juli 1997 kostenfreie Rufnummer 24 Stunden besetzt. Anru-

fe aus allen deutschen Telefonnetzen sind unter den bundesweit einheitlichen Rufnummern 0800 111 0 111 und 0800 111 0 222 möglich. Die Internet-Adresse ist: www.telefonseelsorge.de. Leiterin ist seit 2006 Uta Krause. In einer Dokumentation zum 25-jährigen Bestehen 2014 betonte sie: „Der Ursprungsgedanke war, jederzeit für Menschen in Not ansprechbar zu sein, sie zum Leben zu ermutigen und vor dem Suizid zu bewahren.“ In der Telefonseelsorge arbeiten Menschen unterschiedlicher Berufe: Ärzte, Lehrer, Polizisten, Verwaltungsfach-

angestellte, Journalisten, Krankenschwestern, Altenpfleger, Bürokaufleute, Pfarrer, Ingenieure sowie Rentner und Hausfrauen. Etwa 66 Prozent der Anrufenden sind Frauen. 2009 wurde der Verein zur Förderung der ökumenischen Telefonseelsorge Schwerin e. V. gegründet, der die Aus- und Weiterbildung der rund 90 ehrenamtlich Mitarbeitenden finanziell unterstützt. Außerdem hat er eine Wanderausstellung zum Thema Suizid gestaltet, die unter der Internetseite <http://ts-foev.de> ausgeliehen werden kann. *ric*

LANDKREIS ROSTOCK

Viel Information und mancher Spaß

Bei bestem Wetter und mit fröhlichen Mitgliedern startete der Kreis-seniorenbeirat mit dem Landrat Ende September eine Kreisrundtour. Erste Anlaufstelle war die Erlebnis-Fischräucherei Scheller in Rerik. Die Information über das Räuchern und danach der Genuss beim Verspeisen der Fischbrötchen – einfach köstlich. Doch auch geistige Kost wurde geboten: Landrat Sebastian Constien und

Bürgermeister Wolfgang Gulbis berichteten über Neuerungen im Landkreis und in der Gemeinde. Zeit für eine Diskussion gab's auch, und so konnte mancher Mitfahrer sein Anliegen schnell und unbürokratisch loswerden. Besonders überrascht waren einige Damen und Herren, als der Landrat ihnen für ihre Mitarbeit dankte. Dazu gehörte auch Ingrid Rambow; ihr wurde die Ehrenmedaille in

Silber des Landkreises Rostock verliehen. Weiter ging es zum Hafen Rerik. Dort wartete ein Ausflugschiff, das bei unruhigem Wellengang über das Salzhaff schipperte. Wieder an Land, empfing uns in der Median Klinik Heiligendamm Dr. med. sc. Stefan Hummel mit einem Vortrag, nicht nur über das Leistungsangebot der Klinik, son-

Fortsetzung auf Seite 38

Fortsetzung von Seite 37

den auch, gespickt mit vielen lustigen Anekdoten, über die Entstehung des Seebades Heiligendamm. Wir hätten noch Stunden zuhören können, aber die Zeit drängte, und nach einer Führung durch die Klinik mit an-

schließendem Mittagessen, ging es – noch immer mit fröhlichen Gästen – per Mollie zurück nach Bad Doberan zum Abschlusskaffee – natürlich mit Kuchen! Es war nach Aussagen Aller ein gelungener Tag, den wir dem Organisationsteam „Herr und Frau Rambow aus Rerik“ in besonderer Weise

zu verdanken hatten. Die nötigen Finanzen stellte Frau Stark, Gleichstellungsbeauftragte aus dem Büro für Chancengleichheit, zur Verfügung – danke!

*Brigitte Harprath
Vorstandsmitglied des
Kreisseniorenbeirats*

Zu Gast beim Europa-Abgeordneten Werner Kuhn

Ein kurzer Draht des Seniorenbeirats Güstrow zum MV-Abgeordneten im Europaparlament Werner Kuhn (CDU) ermöglichte 13 Mitgliedern des Beirats einen Besuch im Europäischen Parlament in Straßburg. Nach einer eintägigen Busfahrt wurden wir von Werner Kuhn herzlich zum gemeinsamen Abendessen empfangen. Hier führten wir die ersten persönlichen Gespräche bis in den späten Abend hinein. Am nächsten Morgen ging es ins Europäische Parlament. Nach der Einlassprozedur wurden wir von ei-

nem Mitarbeiter des Hauses empfangen, der uns den Gebäudekomplex erklärte, in dem 751 Abgeordnete aus 28 Ländern über die Zukunft von 500 Millionen Bürgern abstimmen. Wir hatten hier nun die Gelegenheit, Werner Kuhn unsere Fragen zu stellen. Es ergab sich eine sehr interessante Gesprächsstunde. Danach nahmen wir an einer Plenardebatte teil; mit Hilfe eines Simultandolmetschers konnten wir den Ausführungen eines rumänischen Abgeordneten folgen. Schließlich blieb noch genügend

Zeit, die Stadt per Boot und zu Fuß zu erkunden. Vor dem gemeinsamen Abendessen wurde noch ein Weingut besichtigt – bei einem Glas Wein konnten aktuelle Fragen mit Werner Kuhn erörtert werden. Am dritten Tag begann um 8 Uhr die Heimreise, und gegen 21 Uhr waren wir wieder in Güstrow. Alle Teilnehmer waren sehr beeindruckt von der Arbeit eines Europa-Abgeordneten.

*Jürgen Lorenz
Mitglied des Stadtseniorenbeirats*

Seniorenbeirat wieder in voller Aktion



Erster Seniorentag auf dem Kirchplatz in Krakow am See

Nach der Sommerpause fand Anfang September für den Seniorenbeirat eine Begehung mit Odette Reinhardt, der Verantwortlichen für das Friedhofswesen beim Amt, auf dem städtischen Friedhof statt. Gemeinsames Anliegen war die Verbesserung der Friedhofskultur. Auf der Sitzung des

Vorstands wenige Tage später ging es um die Erörterung der Anträge für ein „Ehrenamts-Diplom“ 2019, um die Empfehlung an die Stadtvertretung für die Teilnahme am Landeswettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“, um die Gestaltung eines Weges für Senioren vorwiegend mit Roll-

stuhl und Rollatoren im Wohngebiet „Alt-Sammer Damm“ sowie um die Auswertung des ersten Seniorentages Ende Juni. Er war ein Höhepunkt für alle Generationen und soll 2019 fortgesetzt werden.

*Jürgen Poleratzki
Ehrenvorsitzender*

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Tag der Älteren: Ehrenamt bereitet Freude

Auf der Insel Poel wurde der Tag der Älteren mit sehr viel Sorgfalt und Engagement erstmals vom Seniorenbeirat vorbereitet und erfolgreich durchgeführt. Dazu kam ein wunderbarer Herbstanfang. Der Himmel blieb wolkenlos, und die Sonne schickte wärmende Strahlen auf die Insel, wo sich ein buntes Gewusel vor dem Museum in Kirchdorf traf. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren vergrößerte sich rasch, so dass nicht alle mehr einen Platz im Festraum fanden. Beiratsvorsitzende Ulrike Eggers eröffnete pünktlich um 10 Uhr die Festveranstaltung und begrüßte die Gäste, zu denen die Vorsitzende des Kreis seniorenbeirats, Karin Lechner, die Beiratsvorsitzende des Ostseebades Boltenhagen, Brigitta Hilscher, und der Vorsitzende des Seniorenbeirats der Hansestadt Lübeck, Götz Gebert, gehörten. Und natürlich die Bürgermeisterin, der Gemeindevertretervorsteher und der Pastor sowie einige Vertreter der 23 unterschiedlichen Vereine, die sich auf der Insel für ein aktives gesellschaftliches Leben engagieren. Deutlich wurde: Die Inselbewohner kümmern sich um das ehrenamtliche Engagement und werden dabei von der Gemeindevertretung unterstützt.

Nach einer musikalischen Andacht hatte der Verein Poeler Leben e.V. mit einem deftigen Eintopfgericht sowie mit Kaffee und Kuchen an Leib und Magen gedacht, der Abschluss bestand aus der „Klaasbachtaler Blasmusik“ und einer Filmvorführung. Mit umfangreichem Informationsmaterial waren die Stände der AOK, der Inselapotheke, der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung, der Johanniter Unfallhilfe und der Sozialstation der Insel Poel vertreten, außerdem „Essen auf Rädern“ aus Neuburg, das Gesundheitsmobil NWM, der Pflegestützpunkt Wismar sowie



Gemeinsames Singen mit „Reuters Fritzen“ und dem Chor des Seniorenvereins Klützer Winkel

Poeler Vereine. Außerdem gab es einen Büchertisch mit CDs und Büchern zum Mitnehmen.

In Boltenhagen feierte man schon zum zweiten Mal diesen Tag generationsübergreifend mit Jung und Alt. Wie auch 2017 wurde für jedes in diesem Jahr geborene Kind der Gemeinde ein Obstbaum gepflanzt.



Götz Gebert (links) und Ulrike Eggers bei der Eröffnung des Tages der Älteren auf der Insel Poel

Spendabel zeigten sich die Hotels und Cafés des Ostseebades: 15 Torten und Kuchen bereicherten zusätzlich den tollen Kuchenbasar, den der Seniorenbeirat fleißig gebacken hatte. Landrätin Kerstin Weiß, die die Veranstaltung eröffnete, lobte das Engagement der Boltenhagener, die in einer Gemeinschaftsaktion mit der Gemeindeverwaltung, der Kurverwaltung, dem DRK, dem Kleingartenverein, dem Seniorenverein Klützer Winkel, der Familienbildungsstätte und der evangelischen Kirchgemeinde den Besuchern dieses Festes bei herrlichem Herbstwetter einige schöne Stunden der Gemeinsamkeit bescherten.

So begann „Der Tag der Älteren“ mit einem Gottesdienst zum Erntedankfest in der Kirche. Er endete mit einem gemeinsamen Singen der Mecklenburger Kultband „Reuters Fritzen“, dem Chor des Seniorenvereins Klützer Winkel und allen anwesenden

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

Gästen. Angestimmt wurde der Kanon: „Jetzt fahren wir übert See“. Es war ein fröhlicher Nachmittag, der vielen Menschen in Erinnerung blei-

ben wird und der gezeigt hat: Ehrenamtliches Engagement macht Freude. Die Ehrenamtsstiftung hatte den Antrag auf Förderung dieses Projekts unterstützt, und der Seniorenbeirat konnte ein eigenes Zelt mit den da-

zugehörigen Biertisch-Garnituren für diesen Tag aufstellen. Vielen Dank der Ehrenamtsstiftung, die wir mit unserem Projekt überzeugen konnten.

Brigitta Hilscher

Große Wertschätzung für die Älteren

Die vom Seniorenbeirat der Stadt vorbereiteten diesjährigen Seniorentage in Gadebusch fanden erstmals bei der Freiwilligen Feuerwehr statt, kräftig unterstützt von Schülern der Heinrich-Heine-Schule und aus dem Schulclub des Gymnasiums. Beiratsvorsitzende Elli Brusck zeigte sich

glücklich über die sofortige Hilfe der jungen Menschen. Im Namen der Stadtverwaltung sprach der Stadtvertreter Wolfgang Joop ein Grußwort. „Die Senioren beteiligen sich sehr viel an Angelegenheiten in unserer Stadt“, hob er hervor. „Nur bekommt die Öffentlichkeit das oft gar

nicht mit. Ich würde mir mehr Wertschätzung wünschen.“ Generell könne auf die Senioren in Gadebusch gebaut werden.

Auch die Lütten aus dem Kindergarten wollten nicht abseits stehen. Sie brachten Selbstgebasteltes mit: „Für die Omis und Opas“.

Wismar begann mit der Neuausbildung

Seit 2014 sind die ehrenamtlichen Senioren-Technik-Botschafter des Projekts SilverSurfer im Einsatz, um der Generation 50+ in Mecklenburg-Vorpommern die Nutzung des Internets und mobiler Geräte, wie Tablets oder Smartphones, verständlich zu machen. Dabei werden sie mit vielen Fragen des alltäglichen Umgangs und kleinen oder größeren Problemen konfrontiert.

Sie erklären aber auch Hintergründe zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Mit ihrem Einsatz wollen sie Hemmungen und Ängste abbauen und Interesse für die digitale Welt wecken. Eingeläutet wurde die Ausbildung der neuen SilverSurfer in der Hansestadt Wismar. Weitere interessante und unterhaltsame Schulungen gibt es auch in Ludwigslust, Tor-

gelow, Malchin und Ribnitz-Damgarten. Die Teilnahme ist kostenlos.

Weitere Infos:

Europäisches Integrationszentrum Rostock e. V.,
Mühlenstraße 9, 18055 Rostock,
Tel: 0381-4031450,
Fax: 0381-4031451,
E-Mail: info@eiz-rostock.de,
www.eiz-rostock.de

Zwar Fortschritte, aber...

An einer Demenz leiden in Deutschland etwa 1,5 Millionen Menschen. Hinter dem Begriff verbergen sich rund 50 unterschiedliche Erkrankungen. Die häufigste davon ist Alzheimer. Demenzen können als Folge einer anderen Krankheit auftreten. Bei vielen Formen ist aber noch im-

mer unklar, wie sie entstehen. Die Medizin hat in den vergangenen Jahren Fortschritte in der Früherkennung und Diagnostik von Demenzerkrankungen gemacht, doch viele sind nach wie vor nicht heilbar.

dlf

Antworten auf vier Fragen

Die Deutschen zahlen jährlich über 300 Milliarden Euro für ihre Gesundheitsversorgung. Aber wie gut ist die Versorgung wirklich? Seit 2001 hilft der Gesundheitsmonitor mit repräsentativen Befragungen und Analysen. Die fast 200 Studien basieren auf Befragungen von mehr als 80 000 Bürgern und rund 4000 Ärzten sowie auf Sonderbefragungen von mehr als 15 000 Versiche-

ten der Barmer GEK. Antworten gibt es auf vier große Fragen: Was wissen die Deutschen zu Gesundheitsfragen und woher kommt dieses Wissen? Wie gut ist die Gesundheitsversorgung aus Patientensicht? Wie werden Gesundheitsreformen von den Bürgern beurteilt? Und: Wie soll das Gesundheitssystem der Zukunft aussehen?

Chancen nutzen für ein gutes Älterwerden

Achte Altersberichtscommission der Bundesregierung nahm Arbeit auf

Mit dem Thema „Ältere Menschen und Digitalisierung“ befassten sich kürzlich die zehn Mitglieder der Achten Altersberichtscommission der Bundesregierung, die von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Franziska Giffey, berufen wurden. Vorsitzender ist Prof. Dr. Andreas Kruse, Direktor des Instituts für Gerontologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Die Ministerin betonte: „Ich bin überzeugt, dass in der Digitalisierung viele Chancen auch für ein gutes Älterwerden stecken: mehr Sicherheit, mehr Lebensqualität, mehr Kontakte und auch mehr Möglichkeiten, trotz Beeinträchtigungen mitten im Leben zu bleiben.“

Die Sachverständigenkommission soll herausarbeiten, welchen Beitrag Digitalisierung und Technik zu einem guten Leben im Alter leisten können und welchen Nutzen und Mehrwert dies für ältere Menschen hat. Zugleich sollen die gesellschaftlichen, sozialen und ethischen Fragen beleuchtet werden, die eine zunehmende Technisierung des Alltags älterer Menschen mit sich bringt. Der Expertenbericht soll bis November 2019 vorliegen. Bislang sind folgende Altersberichte erschienen: 1993 Erster Altersbericht zur Lebenssituation der älteren Generation in Deutschland; 1998 Zweiter Altersbericht „Wohnen im Alter“; 2001 Dritter Altersbericht „Lage der äl-

teren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Alter und Gesellschaft“ (einschließlich der Entwicklung seit der Wiedervereinigung Deutschlands); 2002 Vierter Altersbericht „Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen“; 2005 Fünfter Altersbericht „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“; 2010 Sechster Altersbericht „Altersbilder in der Gesellschaft“; 2016 Siebter Altersbericht „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“. ■

Eigenanteil springt auf 50 Prozent

Das Risiko der Pflegebedürftigkeit darf nicht privatisiert werden

Die finanziellen Leistungsanpassungen der Pflegeversicherung, die mit den Pflegereformen vor zwei Jahren beschlossen wurden, reichen nicht aus. Dies führt zu einem stetigen Kaufkraftverlust bei den Pflegebedürftigen. Die Kosten für Pflege steigen vor allem durch die Lohnentwicklung, die gesetzlich festgelegten und gedeckelten Leistungen passen sich aber nicht entsprechend an. Die Folge: Pflegebedürftige können bei gleichem Bedarf weniger Pflegeleistungen einkaufen. Sie müssen diese Kosten selbst tragen. Die Interessenverbände der Pflegebedürftigen fordern deshalb, dass die Leistungen der Pflegekassen jährlich automatisch angepasst werden müssen.

Die Eigenanteile an der Pflege im ambulanten und stationären Bereich belaufen sich für Pflegebedürftige bereits auf nahezu 50 Prozent. Laut Barmer Pflegereport 2017 zahlen pflegebedürftige Menschen im stationären Sektor im Schnitt 587 Euro monatlich aus eigener Tasche. Zusammen mit weiteren Kosten, etwa

für Unterkunft und Verpflegung sowie für die sogenannten Investitionskosten, ergibt sich eine monatliche Gesamtbelastung von 2.278 Euro.

„Das Risiko der Pflegebedürftigkeit darf nicht privatisiert werden – es führt zur finanziellen Überforderung weiter Teile der Bevölkerung und letztlich zur ‚Mehrklassenpflege‘. Deswegen fordern wir, dass Pflege für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen wieder bezahlbar wird“, sagt Olaf Christen, Sprecher der Pflegebedürftigenverbände. Es sei zu begrüßen, dass die Große Koalition das Problem angehen und die Sachleistungen kontinuierlich an die Personalentwicklung anpassen will.

Seit Einführung der sozialen Pflegeversicherung 1995 bis zum Jahr 2008 kam es durch die Orientierung der Leistungen an den Einnahmen der Pflegeversicherung zu einem Wertverlust von rund 20 Prozent, der bis heute nicht wettgemacht worden ist.

Die Interessenvertretung der Pflegebedürftigen gehören sechs maßgebliche

Organisationen an: Verbraucherzentrale Bundesverband, Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE, Interessensvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland, Sozialverband Deutschland (SoVD), BAGSO und Sozialverband VdK Deutschland.

Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert in einem Brief an die Ministeriumsspitzen eine Reform der Pflegefinanzierung und schlägt eine Deckelung der Eigenanteile vor. Künftig sollten 85 Prozent der pflegebedingten Kosten von der Pflegeversicherung übernommen werden. Der Eigenanteil der Pflegebedürftigen läge dann bei 15 Prozent. „Die Finanzierung der Pflege steht auf tönernen Füßen. Was es braucht, ist nicht nur ein beherztes Gesamtkonzept, um die Dauerkrise in der Pflege zu beenden, sondern auch eine Komplettreform der Pflegefinanzierung“, mahnte Prof. Dr. Rolf Rosenbrock-Freese, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes anlässlich des Paritätischen Pflegekongresses im November in Berlin. ■

„Unser Land driftet auseinander“

Kommission mahnt: Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West

Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat ihre Arbeit aufgenommen. Bundesinnenminister Horst Seehofer, der den Vorsitz innehat, erklärte: „Die Kommission wird das Herzstück einer neuen Heimatpolitik sein.“ Sie werde nach Wegen suchen, sowohl die Infrastruktur als auch das Wohlbefinden der Menschen vor Ort zu verbessern. „Wir werden das Land neu vermessen und einen tragfähigen Maßstab für den Begriff der gleichwertigen Lebensverhältnisse definieren. Richtschnur sollte dabei eine echte Chance für jeden einzelnen auf Wohlstand, Zugang zu Bil-

dung, Wohnen, Arbeit, Sport und Infrastruktur sein – egal, ob er in Gelsenkirchen, Prenzlau oder Hamburg wohnt.“ Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey: „Wenn aus regionalen Unterschieden schwerwiegende Nachteile werden, müssen wir etwas dagegen tun. Unser Land driftet auseinander, wenn es Regionen gibt, in denen der Arzt unerreichbar scheint, auch noch die letzte Gaststätte schließt oder der Beitrag für einen Kitaplatz sich um mehrere hundert Euro unterscheidet.“ Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner: „Die länd-

lichen Regionen brauchen Perspektiven und Wertschöpfung vor Ort. Unser Land ist nicht nur Standort für die Landwirtschaft, sondern auch für unseren produktiven Mittelstand mit seinen vielen Fachkräften. Perspektiven für ländliche Kommunen mindern den Druck auf die Ballungsräume, ermöglichen jungen Familien Freiraum und stärken den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.“

Mit dem Start der Kommission begannen sechs Facharbeitsgruppen mit ihrer Arbeit. Die Kommission wird bis Juli 2019 einen Bericht mit konkreten Vorschlägen vorlegen. ■

Kabinettsbeschluss Anfang 2020

Nationale Demenzstrategie befindet sich in der Entwicklung

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gaben unlängst gemeinsam den Startschuss für die Entwicklung einer Nationalen Demenzstrategie; sie soll Anfang 2020 vom Bundeskabinett beschlossen werden. Gleichzeitig wurde Bilanz der Arbeit in der „Allianz für Menschen mit Demenz“ gezogen. Es ist eine Initiative der Bundesregierung. Bund, Länder

und kommunale Spitzenverbände sowie über 20 Verbände und Institutionen aus dem Pflege- und Gesundheitsbereich, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft haben sich darin zusammengeschlossen, um gemeinsam für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen zu sorgen.

Der vorgestellte Bericht 2014 bis 2018

gibt Auskunft über die erfolgten Maßnahmen der Allianzpartner, mit denen in den letzten vier Jahren Hilfen und Unterstützung für Betroffene verbessert und ausgebaut wurden. Insgesamt wurden 450 unterschiedlichste Projekte umgesetzt. In Deutschland leben derzeit 1,7 Millionen Menschen mit Demenz. Die Zahl der jährlichen Neuerkrankungen wird auf 300.000 Menschen geschätzt. ■

Immer noch eine Großbaustelle

Prof. Dr. Rosenbrock: „Gute Pflege ist ein Menschenrecht“

Aus Sicht des Paritätischen Gesamtverbandes ist die Pflege leider immer noch eine Großbaustelle. Ein Gesamtkonzept, wie der Pflegenotstand behoben werden soll, ist nicht in Aussicht. Der Verband fordert daher, Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen mittelfristig 100.000 zusätzliche Pflegekräfte gewonnen werden können. Auf der anderen Seite müsse die Belastung der Pflegebedürftigen zurückge-

hen. Die Pflegeversicherung solle als Kurzmaßnahme nach Auffassung des Paritätischen grundsätzlich 85 Prozent der Kosten für pflegebedingte Aufwände ambulant und stationär übernehmen, so dass die Eigenanteilsquote in allen Pflegegraden 15 Prozent beträgt.

„Gute Pflege ist ein Menschenrecht und darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein“, betont Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamt-

verbands. „Wir brauchen eine Abkehr von der Durchökonomisierung der Pflege. Unschaffbare Dienstpläne und rein auf Gewinn ausgelegte Dienstplangestaltungen gehen zu Lasten von Pflegenden und Gepflegten. Nicht zuletzt muss es einen allgemeinen Wertewandel sozialer Berufe in der Gesellschaft geben, der gezielt politisch zu fördern ist. Pflege muss auf allen Ebenen attraktiv und höchsten Respekt genießen.“ ■

Fünf Bewerber sind „DemografieGestalter 2018“

Erstmals Preis für Mehrgenerationenhäuser verliehen

540 Mehrgenerationenhäuser bringen Alt und Jung in ganz Deutschland zusammen, bieten Beratung in allen Lebenslagen und nachbarschaftliche Hilfe. Fünf von ihnen wurden von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey erstmals als „DemografieGestalter 2018“ ausgezeichnet. Über 70 Häuser hatten sich beworben. Dr. Giffey betonte: „Nichts hält die Gesellschaft so zusammen

wie Hilfe und Kontakt in der Nachbarschaft. Und nichts ist für Menschen so wichtig wie Andere, die sich um sie kümmern. In den Mehrgenerationenhäusern wird das Miteinander der Generationen gelernt und gelebt. Deshalb sind sie aus den Städten und Gemeinden nicht mehr wegzudenken.“ Zu den Ausgezeichneten gehört auch das Vinetazentrum Kiel für ein Konzept, bei dem junge, alleiner-

ziehende Mütter, die ihren Schulabschluss nachholen wollen, unter anderem durch die Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden. „DemografieGestalter – Der Mehrgenerationenhauspreis“ wird auch im nächsten Jahr verliehen. Ab Herbst sind die besten Projekte zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen vor Ort wieder gefragt. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,
Gleichstellung und Soziales Mecklen-
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion überein-
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
7. November 2018; Redaktionsschluss
für Nr. 1/2019: 15. Februar 2019

Weihnachtspredigt des Pfarrers von St. Lamberti in Münster im Jahre 1863

Herr, setze dem Überfluss Grenzen
und lasse die Grenzen überflüssig werden.

Lasse die Leute kein Falschgeld machen,
aber das Geld auch keine falschen Leute.

Nimm den Ehefrauen das letzte Wort
und erinnere die Ehemänner an ihr erstes.

Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit
und der Wahrheit mehr Freunde.

Bessere alle Geschäfts- und Arbeitsleute,
die wohl tätig, aber nicht wohlthätig sind.

Gib den Regierenden ein besseres Deutsch
und den Deutschen eine bessere Regierung.

Herr, Sorge dafür, dass wir alle in den Himmel kommen,
aber nicht sofort.



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei
einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Ver-
weilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de